

Wöchentlich 76 Blätter monatlich
2.- Reichsmark, voraus zahlbar.
Unter Streifenband im In- und
Ausland 2,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten
Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“
sowie den Beilagen „Unterhaltung
und Wissen“, „Aus der Kimmerei“,
„Stadtbilder“, „Frauenstimme“,
„Der Arbeiterfreund“, „Jugend-
wärts“, „Bild in die Bäume“,
„Kulturarbeit“ und „Technik“
erscheint wochentags zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch
23. November 1927

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einwöchige Konnoverstelle
30 Pfennig, Restamts 2.- Reichs-
mark. „Kleine Konnover“ des festge-
druckten Wortes 25 Pfennig (zu fünf
letzterdruckte Worte) jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stempelgebühr das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Wort über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Reise 60 Pfennig. Familienanzeigen 1/2
Abonnementpreis je 40 Pfennig. Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft Linden-
straße 3, wochentags von 8 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 392-397. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 63. Diskonto-Gesellschaft, Depostenkasse Lindenstr. 3

Wahlen schon im Frühjahr!

Termin: frühestens Februar, spätestens Mai 1928. — Zusammenlegung mit den preussischen, bayerischen und württembergischen Landtagswahlen?

Der Reichstag ist gestern nachmittag wieder zusammengetreten. Er trägt die Züge eines Sterbenden. Zwar möchten die Deutschnationalen in ihrer Angst vor der Entscheidung des Volkes Neuwahlen so lange wie möglich hinauschieben und den alten Reichstag bis zum nächsten Winter am Leben erhalten, es kann aber heute schon mit aller Bestimmtheit gesagt werden, daß ihnen das nicht gelingen wird. Vielmehr wird dieser Reichstag — gleichgültig, ob es zu schweren parlamentarischen Konflikten kommt oder nicht — bevor er sein natürliches Ende erreicht hat, der Auflösung verfallen. Mit Neuwahlen ist frühestens im Februar, spätestens im Mai zu rechnen.

Der früheste Termin, d. h. der Februar, ist für den Fall vorgesehen, daß es zu einem Krach des Bürgerblods kommt. Dieser Fall würde zunächst eintreten, wenn das Reichsschulgesetz nicht zustande kommen sollte. Dann hat das Zentrum an der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Regierungskoalition und an dem alten Reichstag kein Interesse mehr. Auch die Volkspartei würde sich dann beiseite, unter der ihr verhältnismäßig günstig erscheinenden Parole die Wahltschlacht zu schlagen. In diesem Zusammenhang verdient die Braunschweiger Rede Stresemanns besondere Beachtung. Kommt es zu einer Weihnachtstriebe, so bedeutet das Februarwahlen.

Gegen Februarwahlen spricht das Bedenken, daß dann der Etat nicht mehr rechtzeitig verabschiedet werden könnte. Außerdem besteht das starke Bestreben, das Reichsschulgesetz trotdallem noch fertigzustellen, um diesen Streitgegenstand endlich aus dem Wege zu räumen.

Unter diesen Umständen muß man die Vornahme der Wahlen im April oder Mai als den Normalfall betrachten. Am 1. September 1928 beginnt das erste Reparationsjahr, in dem der volle Betrag von 2,5 Milliarden bezahlt werden muß. Man will in dieses Jahr nicht eintreten, ohne zuvor die Wahlen hinter sich gebracht und, ihrem Ergebnis entsprechend, eine neue aktionsfähige Regierung gebildet zu haben. Zu diesen sachlichen Erwägungen, denen sich so leicht niemand entziehen kann, gesellt sich die Sorge der bürgerlichen Parteien, daß ein allzuweites Hinausziehen des Termins das Wahlergebnis noch verschlechtern, d. h. den Erfolg der Sozialdemokratie, mit dem alle rechnen, vergrößern könnte.

Nun sollen im nächsten Jahr auch die Landtagswahlen in Preußen, Bayern und Württemberg vollzogen werden, und so entsteht die Frage, ob man diese Wahlen mit den Reichstagswahlen zusammenlegen oder sie gesondert vornehmen soll. Für die gesonderte Vornahme der Landtagswahlen spricht von unserem Standpunkt aus der Umstand, daß die Sozialdemokratie in Preußen, Bayern und Württemberg eine besondere Auseinandersetzung über die Landespolitik nicht nur nicht zu fürchten hat, sondern sie vielmehr dringend wünscht. Gegen die Absonderung wird aber eingemendet, daß bei dem frühen Reichstagswahltermin, mit dem jetzt bestimmt gerechnet werden muß, alsbald nachfolgende Landtagswahlen viellecht im Zeichen einer allgemeinen Wahlmüdigkeit, wie sie sich ja schon in Hessen gezeigt hat, vollzogen werden müßten. Können die Wahlen aber vielleicht in dem einen oder dem anderen Lande noch vor den Wahlen im Reich erledigt werden? Die Frage der Landtagswahltermine wird jetzt in preussischen Regierungskreisen, in München und in Stuttgart lebhaft erörtert.

Gleichviel wie diese Frage gelöst wird, auf alle Fälle wird das Jahr 1928 ein Großwahljahr werden, zumal ja nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich,

England, Belgien und Polen gewählt werden wird. Für Frankreich ist als Wahltermin ein Tag im April vorgesehen, so daß der deutsche und der französische Wahltermin ziemlich dicht aneinanderrücken werden. Ob wir den Franzosen vorauskommen oder in ganz kurzem Abstand folgen, wird von der weiteren Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse hiezulande abhängen. Je höher das Wahlfieber steigt, desto weniger brauchbar wird der Reichstag

zur praktischen Arbeit werden, und so kann ganz plötzlich der Augenblick eintreten, in dem er verschwindet.

Von der großen Entscheidung trennen uns nur noch einige Monate, wenn es lange dauert, sechs, wenn es schneller kommt, nur drei. Das ist nicht viel, aber noch immer Zeit genug, um dem Bürgerblock eine gründliche Niederlage zu bereiten, eine noch gründlichere als die, mit der er heute ohnehin schon rechnet.

Großfürsten und Sowjetspizel.

Die Methoden der GPU.

Bei der kommunistischen Opposition in Kraslaw herrscht helle Entrüstung: Die Staatspolizei, die GPU, hat, wie Stalin in öffentlicher Rede ohne weiteres zugab, unter der Maste eines antibolschewistischen Verschwörers einen ihrer Agenten in die Opposition geschickt, um sie mit einer wirklichen oder angeblichen militärischen Verschwörung in Verbindung zu bringen. Die Aufdeckung dieser Verschwörung fiel mit der Aushebung einer illegalen Druckerei der Opposition und mit dem Hauptschlag gegen Trotski und Sinowjew zusammen. Daß dies am Vorabend der Jubiläumsfeier gegen die eigenen Parteimitglieder betrieben wurde, während es bis dahin nur gegen Monarchisten, Sozialrevolutionäre und Reichsweifen geschahen durfte, entbehrt nicht einer gewissen Ironie.

Man durfte staunen über die erfolgreiche Tätigkeit der GPU bei der Aufklärung von konterrevolutionären und Spionageorganisationen. Man merkte wohl, daß da etwas nicht stimmte.

Ein Spionageprozeß folgte dem anderen:

gegen Letten, Esten, Polen, Rumänen; im Mittelpunkt der Gerichtsverhandlung standen stets Russen, geständnisreue Angeklagte — und während ihre Leidensgefährten ihr Leben lassen mußten, durften diese es in der Regel behalten. Dann die Prozesse gegen konterrevolutionäre; im Jahre 1925 die Todesurteile gegen die Loganzew-Gruppe; im Jahre 1927 schnell hintereinander Todesurteile gegen Monarchisten; in einem Falle gegen sechs, im anderen gegen drei junge Leute; der Prozeß Sawinkows, dieses früheren Sozialrevolutionären und Terroristen, dessen bewaffnete Kampftruppen im westlichen Sowjetgebiete unaufhörlich die Bolschewisten beunruhigten; die Hinrichtung des Engländers Regli und schließlich das Bombenattentat in Leningrad gegen den Kommunistenklub und die Ergreifung und Vernichtung zweier Terroristenkolonnen, deren eine das Hauptquartier der GPU in die Luft sprengen sollte. Die Sowjetpresse meldete u. a.: die

Erschießung der Terroristen Schulz-Sacharschentsko und Opperpup.

In ihrem Besitze sollten sich Sprengstoffe und Mausepistolen englischen Ursprungs befinden haben. Schulz-Sacharschentsko war die Richtige des weißen Generals Rutjepow, Opperpup ein ehemaliger Offizier der Roten Armee; beide waren

erst kurz vorher heimlich über die russische Grenze nach Finnland gekommen. Opperpup hatte den Vertretern der englischen Geheimagentur, dem General Rutjepow und einigen anderen Leuten die sensationelle Erklärung abgegeben, daß er bis zum Augenblick, wenn auch wider Willen, Agent der GPU gewesen und daß er Rußland verlassen habe, weil er seines Lebens nicht mehr sicher gewesen sei. Er erklärte sich bereit, die Ehrlichkeit seiner Absichten zu beweisen und ein terroristisches Attentat in Rußland auszuführen. So fand er im Pstowschen Gouvernement durch Agenten der GPU seinen Tod. Die Bekanntmachung, die die Sowjetregierung darüber erließ, hatte Opperpups Tätigkeit als Agent der GPU selbstverständlich verschwiegen. Hier sei einiges, das Interessanteste, das manchmal beinahe wie ein Märchen klingt, über sie erzählt.

Opperpup, gebürtig aus Lettland — sein richtiger Name war Apellins —, ehemaliger Leutnant im russischen Heere während des Weltkrieges, betriebe nach der Oktoberrevolution verschiedene Kommandostellen in der Roten Armee. Seine Sympathien gehörten jedoch nie den Bolschewisten. Im Jahre 1923 hatte er es zum Posten eines militärischen Leiters der bewaffneten Macht der Tscheka im Westgebiete Sowjetrußlands gebracht. Bald darauf schloß er sich der militärischen konterrevolutionären Organisation Sawinkows an. Er suchte diesen auch persönlich in Warschau auf. Als die Organisation aufgehoben wurde, fiel auch Opperpup Apellins in die Hände der Tscheka. Hier sollen ihm gegenüber die üblichen Foltermethoden angewandt worden sein. Man zwang ihn, Erschießungen beizuwohnen und brachte ihn schließlich so weit, daß er einwilligte, Mitarbeiter der Tscheka zu werden. Es hieß schon damals, er sei zum Tode verurteilt, in Wirklichkeit begann er seine neue Tätigkeit unter anderem Namen. Opperpup wird nun hervorragendes Mitglied des sogenannten „Trust“. Die Arbeit teilt er mit einem anderen, nicht minder bedeutenden Mitglied dieser Organisation, dem Ingenieur Fjedorow-Jakuschew, einem aus der Zarenzeit bekannten Fachmann auf dem Gebiete des Wassertransports. Die Tscheka hatte es verstanden, auch ihn für ihre Zwecke gefügig zu machen.

Der Trust, auch „Legende“ genannt, war eine Organisation, die teils aus Spizeln der GPU, etwa 40 bis 50 an der Zahl, teils aus wirklichen Monarchisten bestand.

Die Aufgabe dieses „Trusts“ war, die aktiven monarchistischen Konterrevolutionäre aufzufangen, damit die GPU sie stets unter ihrer Kontrolle habe; durch Vermittlung des sogenannten „Desinformationsbureaus“ gefälschte oder auch echte, jedoch wertlose Schriftstücke für die Rote Armee bei den ausländischen Geheimagenturen anzubringen, mit den russischen Emigrantenkreisen in enge Fühlung zu kommen. Dieser Aufgabe ist der „Trust“ in hervorragender Weise gerecht geworden. Alles, was innerhalb Sowjetrußlands nur einigermaßen aktiv im monarchistischen Sinne war, wurde im „Trust“ zusammengefaßt. In Jugoslawien, in Paris, in Berlin hatte er seine Vertreter. Die Monarchisten glaubten in Sowjetrußland eine hervorragende Organisation zu besitzen und wurden in Wirklichkeit von der GPU gegängelt. Hier beginnt die Proteste.

Der Monarchistenführer Schulgin bereift Sowjetrußland.

In Berlin erschienen eines Tages Fjedorow-Jakuschew. Er pflegte Beratungen mit prominenten Monarchisten. Unter diesen

Deutscher Amerikaflug.

D 1230 über dem Atlantik.

Sorta (Azoren), 22. November.

D 1230 ist zum Fluge nach Amerika gestartet. Der Abflug geschah um 9 Uhr abends.

Nach zahlreichen vergeblichen Versuchen ist es nun endlich dem Junkersflugzeug gelungen, von den Azoren zu starten. Das Heinkel-Flugzeug ist bekanntlich bei einem dieser Versuche so stark beschädigt worden, daß sein Weiterflug unmöglich wurde. Die mit Schwimmern ausgerüsteten und weit überlasteten Maschinen sind auch nur als Behelfsflugzeuge für das große Unternehmen des Ost-West-Fluges über den Nordatlantik zu werten.

besond. sich auch der bekannte Führer der Rechten in der zaristischen Duma, Schulgin. Hedorow berichtete über die Tätigkeit der monarchistischen Verschwörungsorganisation des „Trusts“ in Russland. „Sie verfügt über Geldmittel“, sagte er. „Sie hat ihre Leute unter den Spitzen der Sowjetinstitutionen und in der kommunistischen Partei. Es ist ein Kinderspiel für sie. Ein- und Ausreisen zu erhalten oder heimlich Leute über die Grenze zu führen, Briefe zu besorgen, ideale Wohnungen in verschiedenen Städten zu unterhalten.“ Der Trustmann bestudierte die russischen Monarchisten, insbesondere des Obersten Konfess beim Obersten Führer, den Großfürsten a. D. Nikolai Nikolajewitsch der Passivität. Er lud Schulgin ein, nach Russland zu kommen, dieser erklärte sich bereit dazu. Er bereiste tatsächlich den Sowjetstaat, führte dort des langen und breiten Beratungen mit den Mitgliedern des „Trusts“, in Wirklichkeit Agenten der GPU, bestimmte die Strafforganisation der Monarchisten, lehrte ins Ausland zurück und teilte hier seine Erlebnisse den Bestimmungsfreunden mit. Die Chancen des „Trusts“ wuchsen bei den monarchistischen Emigranten auf 100 Proz. Und nun der Höhepunkt dieses Satirikers: Opperputz und Hedorow hatten Schulgin gebeten, seine Seminare schriftlich niederzulegen. Er willigte ein unter der Bedingung, daß sie die Jensenoren spielen würden. So entstand das Schulgin-Buch „Die drei Hauptstädte“, das von der GPU zensuriert, im Ausland erschien. Nach den Enthüllungen Opperputz erzählt Schulgin selbst nicht ohne Humor von diesen einzig bestehenden Tatsachen.

Großfürst Nikolai Nikolajewitsch küßt einen Sowjetpfeil.

Die monarchistische Organisation „Trust“ konnte es sich nicht nehmen lassen, ihren Vertreter zum „Obersten Führer“, zum Haupt der russischen Monarchisten, Nikolai Nikolajewitsch, zu entsenden. Der Abgesandte kam nach Paris, legte die unterwürfigsten Grüße der russischen Monarchisten des „Trusts“ ihrem beliebigen Führer zu Füßen. Nikolai Nikolajewitsch segnete den Abgesandten, küßte ihn zum Abschied und — erfüllt einen Schloßbesuch, als er erfuhr, daß er einen Judas geküßt hatte. Es war ein Geheimagent der GPU.

Wrangel geht nicht in die Falle.

Hedorow gab sich auch die erdenklichste Mühe, den weißen General Wrangel, den berühmten Kommunistenwürger der Krim, in die Rehe des „Trusts“ zu locken. Wrangel wollte aber vom „Trust“ nichts hören. Man lud ihn nach Russland ein, er schlug ab. Als Schulgin keil und gesund von seiner Sowjetreise zurückgekehrt war, übernahm er es, zwischen dem „Trust“ und General Wrangel zu vermitteln. Schulgins Mission mißlang. Wrangel blieb hart. Welches Schicksal ihn sonst in Russland erwartet hätte, bedarf keines weiteren Kommentars.

Sawintow wird zur Strecke gebracht.

Das Schicksal ereilte ihn in einer der Opperputz'schen Geheimwohnungen. Er machte seinem Leben ein Ende, indem er sich nach seinem Franzos aus dem Gefängnisfenster stürzte. Auch der Engländer Regill verlor sich in den Rehen des „Trusts“, auch er kam nach Russland — und wurde verhaftet. Die GPU verstand es, ihm Geständnisse zu erlocken und erschloß ihn schließlich. Das waren aber immer noch ernste Gegner der Sowjetregierung. Vielleicht befanden sich auch nicht wenig dieser Art unter den W. erschossenen „englischen Spionen“, von denen die Sowjetregierung nach dem Besuch mit England offiziell meldete. Die wahre Tragik beginnt aber da, wo unwissende und fanatisierte junge Menschen von den Lockpfeilen des „Trusts“ eingefangen und der GPU ausgeliefert wurden.

Hinter all diesem, sowohl Grotesken als Tragischen, stand Ipeins-Opperputz von Stauisch; unter dem letzten Namen war er in der letzten Zeit im „Trust“ bekannt. Er war unter den Beuten seiner Art ein Großer, in dieser Beziehung vielleicht nur Hedorow, dem berühmten Lockpfeil des Jaren vergleichbar. Die Vermittlung, die seine Enthüllungen in den Reihen der Monarchisten verurachteten, war unbeschreiblich. Man traute einander nicht mehr. Wederall und in jedem weiteren man Agenten der GPU. Nicht zu Unrecht. Der „Trust“ als solcher ist nun nach den Enthüllungen Opperputz liquidiert; das Lockpfeilsystem der GPU hat aber nicht aufgehört.

Jetzt arbeitet man nach Opperputz Methode gegen die Opposition der Trotzki und Sinowjew.

Von Opperputz ist aber noch so viel bekannt geworden: Er war aus Sowjetrußland geflüchtet, weil die GPU ihn des Betrugs verdächtigte. Ein Teil der „Trust“-Mitglieder bestand darauf, zum Terror zu greifen. Die GPU mußte darauf eingehen, Hedorow sollte dafür sorgen, daß der Terror keine anarchistischen Formen annähme. Opperputz schloß aber der GPU allzu off. Sie beschloß, ihn zu erledigen. Es gibt jedoch Leute, die behaupten, er befinde sich noch am Leben. Sollte das der Fall sein, so dürfte man noch von ihm hören. Allerdings unter anderem Namen...

Das Aufgebot für die Kirchenschule.

Wie die Gemeinden „aufgeklärt“ werden sollen.

In Weisfalen hat die protestantische Kirche den Kampf für die Konfessionschule organisiert. Wie er geführt werden soll, darüber hat das Konsistorium in Münster Richtlinien ausgearbeitet. Die hier aufgestellten Grundsätze kennzeichnen den Geist, mit dem die evangelische Geistlichkeit den Schulkampf in Sinne der Kirche beeinflussen soll. Da heißt es u. a.: „Die Kirche muß die Mobilisierung der Eltern intensiver unternehmen.“

Die Zurückhaltung und Gleichgültigkeit vieler Pfarrer ist unentschuldigbar. Die Veranstaltung von Elternversammlungen und Vorträgen ist jedem Pfarrer zur Pflicht zu machen. Widerspruch aus simultanen Lehrerkreisen darf nicht länger beobachtet werden.

In jeder Gemeinde ist sofort eine besondere Karteothek der Erziehungsbedürftigen an den einzelnen Schulen anzulegen, die factalend zu führen ist. Die zuverlässigen evong. Eltern und die nicht zuverlässigen sind anzumerken. Letztere müssen durch Vertrauensmänner aufgeklärt werden.

Der Werbeabend ist als Gemeindeabend und durch Deklamationen, Lieder und Chöre möglichst anzugestalten. Aller Ritsch und alles Kinderwertige ist aus Rücksicht aufgebildete Gemeindeglieder zu vermeiden. Diskussion findet je nach der Lage der Dinge statt oder nicht. Am Bedarfsfall ist Gelegenheit zur Aussprache nach Schluß der Versammlung im kleinen Kreise zu geben. Achtung, daß nicht mehr Gegner als Freunde da sind. Sonst u. U. Versammlung schließen.

Die Pfarrer sind anzuweisen, über ihre Werbetätigkeit wiederholt zu berichten.

Alle Vorbereitungen sind mit möglichst wenig Geräusch zutreffen.

Öffentliche und allgemeine Einladungen und Bekanntmachungen über das Werben sind aus tatsächlichen Gründen erst kurz vor der Versammlung zu erlassen.

Diese Richtlinien sind nur für die Hand der Pfarrer bestimmt.

In einer besonderen dienstlichen Konferenz wurden die weisfälischen Pfarrer verpflichtet, die Propaganda in der gekennzeichneten Weise durchzuführen. Auf die sogenannten „gebildeten“ Stände hat man es besonders abgesehen. Alle organisatorische Arbeit soll geheim und geräuschlos geleistet, eine Diskussion mit sachlichen Gegnern verhindert, der Einspruch der Lehrervereine ignoriert werden. Mit Recht bemerkte der Weisfälische Lehrerverein zu diesem Dokument: „Es muß mit dem Zustandekommen des Reudellischen Schulgesetzes wahrhaftig schlecht bestellt sein, wenn die Kirche glaubt, durch diese hinterhältige Maulwurfsarbeit helfen zu müssen.“

Jedenfalls wird man auch außerhalb Weisfalens auf die Versuche, die Geistlichkeit gegen die Freiheit der Schule auszuspielen und mit ihrer Hilfe die Eltern zu beeinflussen, acht haben müssen.

Litwinow schon unterwegs.

Vorzeitige Abreise der Rußlanddelegation aus Moskau.

Einer U. U. Meldung zufolge soll Vorkommissar Litwinow bereits gestern Moskau verlassen haben. Er begibt sich zunächst nach Berlin und sodann nach Genf. (Ob auch die übrigen Delegationsmitglieder zusammen mit ihm abgereist sind, geht aus der Meldung nicht klar hervor.) Ursprünglich war die Abreise der russischen Delegation zur Abrüstungskommission erst für Donnerstag geplant.

Es hat demnach den Anschein, als ob die Russen zunächst einen mehrtägigen Aufenthalt in Berlin zur Besprechung der Abrüstungsfrage mit der Reichsregierung verwenden wollen. An sich wäre ein solcher Ausweg verständlich, denn eine gewisse Analogie zwischen dem deutschen und dem russischen Interesse in der Abrüstungsfrage

ist offenkundig und liegt in der Natur der Sache. Eine andere Frage ist es, ob es der Reichsregierung sehr angenehm ist, wenn diese Solidarität durch einen mehrtägigen Aufenthalt Litwinows in Berlin noch außer hin so demonstrativ unterstrichen wird. Aber vielleicht ist es gerade die Absicht der Sowjetregierung, durch die ostentative Befundung dieser Interessengemeinschaft Deutschland gegenüber den Westmächten zu „kompromittieren“. Das wäre nicht das erste Mal, daß die Sowjeddiplomatie diese Taktik angewandt hat, ohne sich viel um die Verlegenheit der Wilhelmstraße zu kümmern.

Antrag Macdonalds über die Abrüstungsprobleme.

London, 22. November.

Bei der am nächsten Donnerstag stattfindenden Unterhausdebatte über Abrüstung wird Macdonald die Debatte durch die Einbringung eines Antrages einleiten, der folgenden Wortlaut hat:

„Das Haus bedauert die ungenügende Vorbereitung der belgischen Delegation für Genf durch die Regierung und den militärischen Charakter der Delegation, der ernstlich zum Fehlschlag der letzten Flottenkonferenz in Genf beitragen, die langsame Fortschritte der vorläufigen Völkerbunds-Kommission für die Abrüstungskonferenz und die Belagerung, den Grundsat der Abrüstung anzunehmen, und schlägt einen vom Völkerbund verhängten Plan internationaler Sicherheit vor.“

Regierungsturz in Estland.

Durch einen sozialdemokratischen Antrag.

Reval, 22. November.

Das Kabinett Lermant ist zurückgetreten, nachdem das Parlament einem sozialistischen Antrag in der Frage der Schenkungen der neuen Hypothekendarstellung zugestimmt hatte, den die Regierung bekämpft hatte.

Der Abbau des Dijungswangs. Auch zwischen Deutschland und Süditalien ist der Sichtvermerkzwang aufgehoben.

Jaspar bildet die Regierung.

Ein rechtsgerichtetes Ministerium. — Sozialistische Siegeszuversicht.

Brüssel, 22. November. (Eigenbericht.)

Die Regierungskrise nimmt den erwarteten schnellen Verlauf. Am Dienstag morgen wurde Jaspar vom König mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt. Jaspar erbat sich eine Frist bis Mittwoch. Inzwischen versammelten sich nacheinander alle Parlamentsfraktionen. Die konservativen Katholiken und Liberalen erklärten sich ohne weiteres bereit, an einem neuen Kabinett Jaspar teilzunehmen. Bei den Christlich-Demokraten ging es etwas lebhafter zu. Verschiedene Redner forderten, daß nicht Jaspar, sondern ein anderer Katholik die Regierung bilde. Andere wollten Bedingungen stellen und forderten Garantien, aber schließlich erklärte sich auch die Christlich-demokratische Fraktion einstimmig für die Beteiligung an der Regierung.

Die neue Ministerliste dürfte bereits am Mittwoch im Amtsblatt erscheinen. Nach zuverlässigen Angaben werden die vier sozialistischen Minister durch zwei Liberale, den früheren Kriegsminister Janjon und den früheren Gouverneur des Congo Dippens — eine ziemlich weit rechtsstehende Finanzaröße — und durch zwei Christlich-Demokraten, den Senator von Doerbeerg und den christlichen Gewerkschaftsführer Heyman ersetzt. Daneben wird auch der Name des früheren Ministerpräsidenten Poulet genannt. Gleichzeitig ist eine Aenderung in der Verteilung der Portfeuille geplant. So soll der bisherige Justizminister, der Liberale Hymans, das Auswärtige Amt übernehmen. Der liberale Innenminister Bouthier dürfte den sozialistischen Kultusminister Hymans ersetzen und an die Stelle des zurückgetretenen sozialistischen Arbeitsministers Bouters wird wahrscheinlich der christliche Gewerkschaftsführer Heyman treten. Kriegsminister bleibt de Broqueville.

Allgemein betrachtet handelt es sich bei dem neuen Kabinett im Vergleich zu seinem Vorgänger um eine

Recht rechts gerichtete Regierung.

Das dürfte insbesondere auch in Zukunft hinsichtlich der Außenpolitik zum Ausdruck kommen. In der Richtung dürfte sich unter dem Druck der außenpolitischen Verhältnisse zweifellos nicht viel ändern, aber die Methode wird kaum die gleiche bleiben. Trotzdem ist bemerkenswert, daß jetzt auch die christlichen Gewerkschaftsvertreter nach außen eine politische Rolle zu spielen begannen. Sie waren bisher nichts anderes als die „armen Verwandten“ der Katholiken.

Die sozialistische Kammerfraktion.

Die am Dienstag nachmittag ebenfalls zu einer längeren Sitzung zusammentrat, sprach den zurückgetretenen sozialistischen Ministern einstimmig ihr Vertrauen aus und stellte fest, daß angesichts der Haltung der bürgerlichen Minister keine andere Handlungsmöglichkeit als der Rücktritt übrig blieb. Die Stimmung ist im sozialistischen Lager außerordentlich gut und siegesgewiß. Man hatte dort zwar nicht erwartet, daß die bürgerlichen Parteien ein Jahr vor den Neuwahlen einen Wack gegen die Sozialisten bilden würden, aber man ist jetzt um so mehr überzeugt, daß die kommenden Wahlen den Sozialisten einen vollen Sieg bringen werden.

Frankreich und die belgische Krise.

Paris, 22. November. (Eigenbericht.)

Die Pariser Presse beschäftigt sich sehr eingehend mit der Demission des belgischen Kabinetts, betrachtet aber die Lösung der belgischen Krise ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der französischen Innenpolitik. Diese Stellungnahme erklärt sich u. a. daraus, daß man hier von einem Regierungswechsel keine Aenderung in der belgischen Außenpolitik (?) erwartet. Das hier besonders interessiert, ist die Tatsache, daß in Belgien das Experiment eines Kabinetts der nationalen Einheit sein natürliches Ende gefunden hat, ohne daß dadurch die Wähler im geringsten in Mißtrauen gezogen worden ist. Die zahlreichen Gegner, die heute die Politik der nationalen Einheit auch im Lager der bürgerlichen Linken zählt, ziehen daraus mit Recht den Schluß, daß die von Poincaré in seinen jüngsten Reden erhobene Forderung, im Interesse der bedrohten Währung den „Burgfrieden“ noch auf Jahre hinaus aufrechtzuerhalten, absolut unhaltbar ist und eine Regierung, die unter Zurückstellung der innerpolitischen Gegensätze gebildet worden ist, um die Sanierung des Franken durchzuführen, nicht das Recht hat, durch eine

künstliche Hinausschiebung der Stabilisierung die Politik auszuhalten und das Parlament zur Radikalität zu verurteilen.

Diese Entwicklung der Auffassungen dürfte auf die Haltung der Radikalen Partei, wo die Opposition gegen die Fortführung des „Experiments der nationalen Einheit“ immer stärker hervortritt, wahrscheinlich nicht ohne Rückwirkungen bleiben.

Die außenpolitischen Folgen der belgischen Krise.

In einer Betrachtung über die belgische Regierungskrise schreibt die dem Auswärtigen Amt sehr nahe stehende „Deutsche diplomatische politische Korrespondenz“:

„Die Konsequenz wird der Ausfall des um die europäische Verständigung und um die Völkerbundsarbeit besonders verdienten sozialistischen Außenministers Vanderveelde und vermutlich auch des zweiten Völkerbundsbelagerten Belgiens, des gleichfalls sozialistischen Senators de Broqueville sein. Denn es ist wenig wahrscheinlich, daß eine Lösung der Krise zur Wiederherstellung der gegenwärtigen Koalition führen kann. Wir haben seit Bocarno bei vielen Gelegenheiten den persönlichen Einfluß und die ausgleichende Tätigkeit der nobelbergen außenpolitischen Vertretung Belgiens wahrnehmen können; und die Kundgebungen, die während der Septembertagung des Völkerbundes bei Ablehnung der beantragten Wiedermählbarkeit und damit beim Ausscheiden Vanderveeldes und de Broquevilles aus dem Rat spontan von allen Mitgliedern der Versammlung beschlossen wurden, um die lediglich prinzipielle und keineswegs gegen Belgien oder seine Vertreter gerichtete Tendenz dieses Beschlusses zu unterstreichen, waren Beweis für die Allgemeinheit einer solchen Anerkennung. Man wird jedoch hoffen dürfen, daß auch bei einer veränderten Zusammensetzung der belgischen Regierung die außenpolitische Vertretung dieses Landes in Zukunft wie bisher der schönen und dankbaren Rolle bewußt bleibt, die seine Sachwalter bisher in der Arbeit an dem europäischen Ausgleich erfüllen konnten.“

Zweifellos hinterlassen Vanderveelde und de Broqueville in der europäischen Diplomatie eine schmerzliche Lücke. Schon die Radikalität Belgiens in den Völkerbundsrat war ein empfindlicher Schlag für die internationale Verständigungspolitik, da Genosse Vanderveelde als einziger sozialistischer Außenminister unter den Bocarno-Mächten den Treue- und Versöhnungswillen der europäischen Arbeiterschaft am energischsten bei den Genfer Besprechungen vertreten konnte. Für die Arbeit, die er — ebenso wie Genosse de Broqueville bei den bisherigen Abrüstungsverhandlungen — im Sinne des internationalen Sozialismus geleistet hat, schämen ihm die Sozialisten aller Länder Lob und Dank. Auch wir hoffen, daß Belgiens Vermittlerrolle, die gerade von den beiden genannten Genossen so vorzüglich ausgefüllt wurde, bald wieder in Erscheinung treten wird. Aber im Gegensatz zum diplomatischen Optimismus der offiziellen deutschen Korrespondenz befürchten wir, daß diese Rolle eine unangenehme Unterbrechung erfahren wird; besonders dann, wenn sich die Nachricht bestätigt, daß der „liberale“ Hymans als Nachfolger Vanderveeldes das Außenministerium übernimmt. Hymans außenpolitische Vergangenheit läßt nicht auf verlässliche Absichten, sondern umgekehrt auf eine für Deutschland recht unfreundliche Gesinnung schließen. Der Mann, der in der Zeit der Ruhrbesetzung als belgischer Außenminister jede Scharfmacherei des damaligen Poincaré unterstützte, mußte sich seitdem sehr geändert haben, wenn er jetzt ein aufrichtiger Befürworter der deutsch-belgisch-französischen Versöhnung sein sollte. Aber schließlich ist eine solche Wandlung bei den belgischen Nationalisten, die sich Liberalen nennen, nicht undenkbar, da deutliche Anzeichen einer solchen Entwicklung sich sogar bei Poincaré bemerkbar machen.

Darauf können wir allerdings unsere Hoffnung einer Fortsetzung des bisherigen außenpolitischen Kurses in Belgien kaum bauen. Dagegen sind wir überzeugt, daß die nächsten Wahlen in Belgien, die schon im kommenden Frühjahr stattfinden dürfen, einen solchen Sieg der Arbeiterpartei ergeben werden, daß man ohne die Sozialisten nicht weiter regieren können. Dann wird der Kurs der europäischen Völkerbundsregierung von Brüssel aus wieder entschieden gesteuert werden. Zu wirklich greifbaren Erfolgen wird allerdings diese Versöhnungspolitik erst dann führen, wenn gleichzeitig auch in Deutschland und Frankreich der sozialistische Sieg so unbestreitbar ist, daß man die Partei der Arbeiterklasse von der Regierungsmacht nicht mehr ausschließen können.

Bespitzelung statt Räumung!

Die Leiden des besetzten Gebiets.

Im besetzten Gebiet mehren sich — wie der „Soz. Pressedienst“ erfährt — die Beschwerden der Bevölkerung über die sogenannte „Sureté“, die französische Geheimpolizei. Wiederholte Vorstellungen in Koblenz haben nicht zur Abstellung dieser, die Bevölkerung schwer belästigenden Spionage- und Spitzelorganisation geführt. Infolgedessen wird jetzt versucht, durch Vorstellungen in Paris die Beseitigung dieser militärischen Geheimpolizei zu erreichen.

Die Schadenersatzanträge deutscher Landwirte für Flurschäden, die bei den Befehlsmärschen angerichtet worden sind — es handelt sich um außerordentlich hohe, aber berechnete Ansprüche — werden verschleppt statt erfüllt. Eine einzige Gemeinde beziffert den Schaden ihrer Bürger auf fast 100 000 Mark.

Ein französischer Korporal niedergeschossen.

Paris, 22. November. (Eigenbericht.)

Der „Lemps“ meldet: Ein Unteroffizier vom 1. Jägerbataillon hatte nahe der deutschen Grenze Woche an einem Pulverschuppen. Wüthend bemerkte er in der Nähe des Nachtlagers ein Licht, das ihm verdächtig schien. Er verließ den Posten, um näher zu inspizieren; kaum hatte er aber einen Schritt gemacht, als plötzlich ein Schuß fiel und der Unteroffizier mit einer schweren Verletzung im Rücken zusammenbrach. Der Täter konnte bisher nicht entdeckt werden.

Britische Kopfschmerzen.

Auf ehemals deutschen Mandatinseln.

Sung (Misch-Inseln), 22. November.

Nach einer Funkmeldung von den Salomonsinseln verbergen sich die an der Niedermordung britischer Beamter beteiligt gewesen Eingeborenen noch wie vor im Busch. Bei einem Schermüßel zwischen einer Patrouille und Eingeborenen wurde ein Schwarzer getötet, der den Bezirksbeamten Bess ermordet haben soll. Auf die Gefangennahme von Eingeborenen, die an der Tat beteiligt waren, ist eine Belohnung von fünf Pfund Sterling pro Kopf ausgesetzt. In Bassana sind 43 verdächtige Eingeborene verhaftet und ins Gefängnis gebracht worden.

Paras in Japan.

Rechtlos — aber wehrpflichtig.

Tokio, 22. November.

Als der Kaiser in Snogosa Truppen inspizierte, trat ein Soldat, der der Klasse der Paras angehört, aus Reich und Glied und sank auf die Knie, um eine Bittschrift zu überreichen, in der der Kaiser aufgefordert wurde, sich für eine Besserung der Lage der Paras einzusetzen. Der Mann wurde sofort verhaftet. Alle Offiziere des Regiments reichten Abschiedsgelüste ein, die abgelehnt wurden. Der Soldat wird vermutlich ein Jahr Gefängnis erhalten.

Fromme Bombenwerfer.

Die Obregon-Attentäter verhaftet.

Mexiko, 22. November.

Der Polizeipräsident teilt in einer Erklärung mit, daß drei führende Mitglieder der „Liga zur Verteidigung der religiösen Freiheit“, der Organisation der Gegner der neuen Religionsgesetze, die Urheber des letzten Mordeanschlags auf Obregon seien. Sie seien verhaftet und hätten ihre Schuld eingestanden. Der Verschwörer, von denen einer Priester sei, bezeichneten sich als „Aktionsgruppe“ der Liga.

Härten im Kriegsbeschädigtenrecht.

Abänderungen des Reichsverforgungsgesetzes.

Im Kriegsbeschädigtenauschuß des Reichstages wurde am Dienstag beschlossen, dem Reichsverforgungsgesetz folgende Bestimmung einzufügen: „Der Tod gilt stets als Folge einer Dienstbeschädigung, wenn ein Rentenempfänger an einem Leiden stirbt, das als Folge einer Dienstbeschädigung anerkannt worden ist.“ Nach bisherigem Recht mußte auch in den Fällen, in denen der Beschädigte an seinem Verstorbenen starb, nachgeprüft werden, ob das Leiden seinerzeit zu Recht als Folge einer Dienstbeschädigung anerkannt worden war; bei Verneinung der Frage durfte nur ein Teil des Sterbegeldes bzw. der Witwenrente gezahlt werden. Der Auschuß will durch den gefassten Beschluß diese Nachprüfung beseitigen, da sie als Härte empfunden worden ist.

Weiter beschloß der Auschuß, daß die Höhe des Sterbegeldes sich nach dem Wohnort des Verstorbenen richten soll. Es soll, wenn der Tod die Folge einer Dienstbeschädigung ist, betragen: für die Orte der Sonderklasse 210 M., für die Ortsklasse A 195 M., für die Ortsklassen B und C 180 M., für die Ortsklasse D 165 M., sonst ein Drittel dieser Beträge. — Weiterberatung Mittwoch.

Auschußberatungen über die Beamtensoldung.

Der Haushaltsauschuß des Reichstages genehmigte am Dienstag bei der Beratung des Besoldungsgesetzes zunächst die Höhe der Gruppe 8a (Sa: 2000 bis 2700 M.; Sb: 1700 bis 2700 M.). Bei Gruppe 8a beantragte Abg. Steinlopf (Soz.), Vorkämpfer im Druckereidienst, Maschinenassistenten, Obergeldschreiber und Telegraphenassistenten beim Reichsanstalt in diese Gruppe sowie die zu übernehmenden weiblichen Bursoungestellten bei den Reichsministerien und den nachgeordneten Behörden als „Assistenten“ und „Sekretäre“ in 8a und 7 einzureihen. Die Regierungspartei empfahl, den überalterten Assistenten den Aufstieg von Gruppe 8 in 7 zu ermöglichen. Nach langer Aussprache wurde die Abstimmung ausgesetzt und in die Beratung der Besoldungsgruppe 7 (2350 bis 3400 M.) eingeleitet. Hierbei brachte Abg. Steinlopf die Wünsche der Kanzleibeamten zur Sprache. Weiterberatung Mittwoch.

Röttcher selbst in Haft. Der unter der Beschuldigung des Landesverrats verhaftete Botschaftsrat Röttcher sollte durch seine Verteidiger den Antrag auf Haftentlassung stellen lassen, da Flußstörbacht nicht gegeben sei. Der Untersuchungsrichter hat diesen Antrag mit der Begründung abgelehnt, daß Flußstörbacht vorläufig noch als vorhanden anzusehen sei, weil sich die mitbeschuldigten Botschaftsrat Förster und Wexen im Ausland befinden und es ablehnen, sich einem deutschen Gericht zu stellen.

Der rücksichtslose Zigarrenkrieg!

Konteradmiral a. D. Brünninghaus, Reichstagsabgeordneter der Dtsch. Volkspartei, sitzt in der Leitung des ausperrenden Zigarrenhersteller-Verbandes.



Bürgerblock der Mietskasernenbesitzer.

Lockerung des Mieterschutzes.

Der aus der Kriegs- und Wohnungsnot entstandene Mieterschutz wird seit Jahren von den Hausbesitzern, namentlich von den Besitzern der Mietskasernen, auf das heftigste bekämpft. Sie erreichten die Herausnahme der möblierten Zimmer, der großen Wohnungen und der gewerblichen Räume aus dem Mieterschutz. Der Mieterschutz selbst wurde 1926 gelockert. Es wurden die Fristen für die Räumungssage um die Hälfte gekürzt. Man wollte damit den Hausbesitzern von den sogenannten sozialen Mietern befreien, und man bestimmte, daß bei Einreichung der Räumungssage das Gericht das Fürsorgeamt benachrichtige, damit es durch Zahlung der rückständigen Miete den Mieter vor der Exzision bewahre. Dem Hauseigentümer wurde der Anspruch auf Wohnung und Gewerberaum in keinem Hause zugesprochen, dem wegen Mietrückstand exmittierten Mieter wurde der

Anspruch auf einen Ersatzraum entzogen

und der Mieter, der wegen persönlicher Differenzen mit dem Vermieter zur Räumung der Wohnung verurteilt wurde, sollte keinen Anspruch auf angemessenen Ersatzraum mehr haben, sondern sich mit „ausreichendem“ Ersatzraum begnügen müssen. Bei Werkswohnungen sollte statt der Stellung eines Ersatzraumes eine Ablösung durch „angemessene“ Entschädigung möglich sein. Schließlich wurden Wohnungen, die durch Umbau geteilt wurden und eigene Kochgelegenheit erhielten, aus dem Mieterschutz herausgenommen. Das Reichsmieterschutzgesetz wurde nur auf ein Jahr befristet.

Obgleich das eine wesentliche Lockerung des Mieterschutzes war, brachte die Reichsregierung am 24. Juni d. J. eine neue Novelle zum Gesetz im Reichstage ein und suchte

eine neue wesentliche Lockerung des Mieterschutzes

nach vor dem 30. Juni, also in fünf Tagen, zu erzwingen. Die Sozialdemokratie wendete sich entschieden gegen den Über-rumpelungsversuch und erzwang die Verlängerung des bestehenden Gesetzes bis zum 31. Dezember d. J. Seit dem 8. November togt nun der Wohnungsausschuß des Reichstages, um die Novelle durchzubringen.

Die Novelle will an Stelle der Aufhebungsfrist die Kündigung durch den Hausbesitzer zulassen. Er soll bei dem Gerichtsschreiber den Antrag auf Kündigung stellen und dieser soll, ähnlich wie im Mahnverfahren für Geldforderungen, dem Mieter die Kündigung zustellen. Unterläßt der Mieter hiergegen innerhalb einer Woche Widerspruch zu erheben, so soll der Gerichtsschreiber die Räumung der Wohnung anordnen können. Hiergegen soll dem Mieter ein Einspruch nur zustehen, wenn er nachweisen kann, daß er unverschuldet die Räumungsfrist veräumt hat. Obgleich man das Mahnverfahren der Zwangsversteigerung übernommen hat, fügt man dem Mieter die dort gewährte Rechtsgarantie, daß er auch gegen ein Veräufnisurteil noch materielle Einwendungen erheben kann. All dies geschieht, um die Räumung zu beschleunigen, und die Begründung nimmt an, daß von dem Kündigungsverfahren in erheblicherem Umfang als von der Aufhebungsfrist Gebrauch gemacht wird. Das ist eine einschneidende Lockerung des Mieterschutzes, der

auf die Unersahrenheit und Einschüchterung der Mieter spezialisiert und in Wirtschaftskrisen mit großer Arbeitslosigkeit sehr gefährlich für die Mieter werden kann.

Für eine solche außerordentliche Maßnahme wäre doch der Nachweis der Notwendigkeit dringend geboten. Die Regierung hat aber nur „Wünsche“ angegeben, doch nicht, von wem sie ausgehen, hat aber unterlassen, irgendwelches Material über die Auswirkung der vorgeschlagenen Lockerungen vorzulegen, trotzdem der Reichstag der Einführung des Kündigungs- und Mahnverfahrens wider-sprochen hat.

Erst unter Anwendung parlamentarischer Maßnahmen erzwang die Sozialdemokratie, daß die Reichsregierung ihr Material vor der grundsätzlichen Abstimmung unterbreitete und daß der Vertreter der sächsischen Regierung zu Worte kam, um seine schwerwiegenden Bedenken vorzutragen. Der Vertreter der preussischen Regierung hatte schon Bedenken gegen Kündigung und Mahnverfahren ausgesprochen. Auf Antrag der Sozialdemokraten soll auch eine Umfrage bei den Großstädten über die Auswirkung der vorgeschlagenen Novelle erfolgen und das Resultat dem Wohnungsausschuß noch vor der zweiten Lesung der Novelle vorgelegt werden.

Aus dem vorgelegten und vorgetragenen Material ergab sich, daß die Freigabe der gewerblichen Räume eine schwere

Benachteiligung der Ladenbesitzer zur Folge gehabt hat. Trotz Bucherbestimmungen sind die

Mieter bis zum Fünffachen gesteigert worden

und die Ladeninhaber zögten, um sich ihre Existenz zu sichern. Wollen sie dem Drucke nicht nachgeben, sondern das Geschäft verkaufen, so behindert sie der Hausbesitzer daran, indem er es ablehnt, mit dem Käufer des Geschäfts langfristige Mietverträge abzuschließen, aber er bedingt sich einen Anteil an dem Verkaufserlös des Geschäfts aus. Die Ladeninhaber sind so eingeschüchtert worden, daß sie es ablehnen, mit ihren Kassen gegen diese Ausbeutung ihrer Notlage vorzugehen.

In Berlin stehen 2000 Läden leer.

weil die Inhaber sie aufgegeben haben und neue Mieter das Risiko der erhöhten Mieten nicht übernehmen wollen. Von 700 Künstlerateliers sind die Hälfte freigeblieben, die Inhaber herausge-brängt worden.

Bei großen Wohnungen werden hohe Abstrands-summen gefordert und das Vermietergewerbe, das nichts zu vermieten hat, macht sich breit, um die Mieter zu neppen.

Die Lockerungen gegen die zahlungs-schwachen Mieter in Industriegegenden und großen Städten wirken sich besonders in der Zeit der großen Arbeitslosigkeit katastrophal aus.

In Königsberg i. Pr. sind 60 herausgeschickte Familien in Lärnhallen untergebracht.

Nach 8 Uhr abends müssen die Ehemänner die Hallen verlassen und in Polizeigefängnis nachziehen!

Sachen berichtet amlich, daß die Unterbringungs-möglichkeit der herausgeschickten Mieter sehr schwer ist. Vielfach ist die Unterbringung in Grundstücken der Gemeinden, im Armenhaus, in Baracken, in Eisenbahnwagen, in Schulräumen, in Obdachloshelmen, bei anderen Drischaffen in Kranenhäusern, bei Landgemeinden auch in der Ortszelle erfolgt.

Angesichts dieser, jeder Wohnfürsorge widersprechenden Maßnahmen, tragen die Regierungspartei keine Bedenken, den Mieterschutz weiter zu lockern. Sie wollen die Fristen verändern, die Wohlfahrtsfürsorge noch mehr belasten, obgleich sie sonst gegen den Wohlfahrtsstaat und über die hohen Ausgaben der Gemeinder weiterern. Und wen wollen sie damit schützen?

Vor dem Kriege gab es in Deutschland 13,4 Millionen Haushaltungen, 15 Proz. hatten Eigenbesitz, so daß 11 Millionen Mieter verblieben. Nach der Wohnungszählung in diesem Jahre haben

930 000 Haushaltungen keine Wohnung.

so daß insgesamt zwölf Millionen Mieter heute in Betracht kommen. Von den Hauseigentümern scheiden alle Besitzer von Eigenhäusern aus. Auch die Hauseigentümer in den kleinen Orten, auf dem Lande und mit wenigen Mietwohnungen scheiden als Interessenten des Mieterschutzes aus. Ihre Schmerzen betreffen Besitz- und Finanzfragen. Es bleiben als Interessenten für die Lockerung des Mieterschutzes nur einige hundert Besitzer von Mietskasernen in den großen Städten übrig, und für diese legt sich der Bürgerblock ins Zeug, vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen, das Schicksal der zwölf Millionen Mieter ist ihnen schnuppt! Die Hauseigentümer haben in den einzelnen Fraktionen einen so starken Einfluß, selbst im Zentrum, daß die Fraktionen gegen sie nicht aufzumucken wagen. Alles zusammen wird das als „Mittelstands- und Hauseigentümerblock“ auf den politischen Markt geworfen. R. Ripinski

Milde Sühne für einen Bubenstreich.

Dresden, 22. November. (Eigenbericht.)

Der 27jährige Lohnbuchhalter Willi Handrick und der 18jährige Materialausgeber Walter Jochte — beides Nationalsozialisten —, die vor einiger Zeit die Ober-Eiche in Bautzen umgelegt hatten, standen jetzt vor dem Schöffengericht zu Bautzen. Der Staatsanwalt forderte eine Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis. Das Gericht erkannte jedoch bei Handrick nur auf 250 M. und bei Jochte auf 150 M. Geldstrafe. Diese Milde begründete das Gericht mit der völligen Besserenheit der beiden Täter.

Der neue Danziger Volkstag besteht aus 42 Sozialdemokraten, 25 Deutschnationalen, 18 Zentrum, 8 Kommunisten, 5 Nationalliberalen, 5 Deutsch-Danziger Volkspartei, 4 Deutsch-liberalen, 3 Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft, 3 Polen, 2 Mieters, 1 Hausbesitzer, 1 Deutschnational, 1 Fischereiführer, 1 Nationalsozialist, 1 Wirtschaftstheoretiker.

Solidarität mit den Ausgesperrten.

Selbst ein Fabrikant hofft auf den Sieg der Zigarrenarbeiter.

Morgen, Donnerstag, tritt der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Sitzung zusammen. Wie wir erfahren, wird der Bundesausschuss in dieser Sitzung auch zu der Aussperrung in der Zigarrenindustrie Stellung nehmen.

Die oberbadischen Zigarrenfabriken.

Die Front der Zigarrenfabrikanten durchbrochen!

Offenburg, 21. November. (Eigenbericht.)

Auch heute haben die oberbadischen Zigarrenfabrikanten die schon lange angekündigte Aussperrung nicht verwirklicht. Sie ist jetzt zum dritten Male um eine Woche hinausgeschoben worden. Am 18. November in Dinglingen versammelten Ausschussmitglieder der oberbadischen Gruppe des Reichsverbandes Deutscher Zigarrenhersteller beschlossen, ihre Betriebe bis zum 26. November weiterarbeiten zu lassen!

Die oberbadischen Zigarrenfabrikanten sind also nicht geneigt, auf ihre recht guten Verdienste für einige Zeit zu verzichten. Die norddeutschen Fabrikanten kommen dadurch natürlich in eine recht schwierige Lage. Während infolge der Aussperrung nicht lieferfähig sind, nehmen ihnen die lieferfähigen oberbadischen Fabrikanten die beste Kundenschaft weg! Dadurch wird auf den Reichsverband der härteste Druck ausgeübt, den man sich nur denken kann.

Es steht also gut um die Sache der Ausgesperrten.

17000 oberbadische Zigarrenarbeiter arbeiten weiter! Um um die vom Reichsverband vorgezeichneten Konventionalkonflikte herumzukommen, wurden von der oberbadischen Gruppe als Begründung ihres Verhaltens folgende Gründe angegeben:

1. Die Firma Mensch, Herbolzheim, die annähernd zweitausend Arbeiter beschäftigt, aber außerhalb des Verbandes steht, jedoch anscheinend für die Aussperrung gewonnen schien, hat die rechtzeitige Kündigung ihrer Arbeiter versäumt.

2. Die Firma Möhringer, Altdorf, die einige hundert Arbeiter beschäftigt und noch eine Anzahl weiterer Fabriken, die dem Verband nicht angeschlossen sind, haben sich nicht dazu bewegen lassen, die Kündigung auszusprechen, bevor in den Verbandsbetrieben die Aussperrung tatsächlich vollzogen ist.

Im übrigen sind die Zigarrenfabrikanten Oberbadens durchweg verbandsmüde und gewillt, baldmöglichst aus dem Reichsverband auszutreten und einen eigenen Verband aufzumachen, in dem für „mildgewordene Spindly“ kein Raum ist.

Wie ein Fabrikant darüber denkt.

Unser Parteiblatt in Mannheim, die „Volksstimme“, brachte kürzlich folgende Zuschrift des Inhabers einer sehr angesehenen Mannheimer Zigarrenfabrik:

„Ihr warmes Eintreten für die Tabakarbeiter ist Ihre Pflicht; Sie haben aber auch mit Ihren Ausführungen recht, und ich stehe selbst als Unternehmer nicht an, zu sagen, daß es eine geradezu verpöcherische Taktik einer Organisation ist, zum Mittel der Generalaussperrung zu greifen, wenn irgendwo örtliche Lohnunterschiede ausgebrochen sind. Wo, zum Teil, sollte es hinführen, wenn zu solchen Maßnahmen jede Industriegruppe greifen würde? Ich kann mir nichts Unverantwortlicheres denken.“

Die Aussperrung wäre von unserer Seite in Süddeutschland noch nicht zur Hälfte durchgeführt worden, wenn nicht in den Statuten des Reichsverbandes Deutscher Zigarrenhersteller ein Passus enthalten wäre, der hohe Konventionalkonflikte denjenigen Mitgliedern auferlegt, die sich nicht dem Willen der Berliner Verbandsleitung fügen. Ich für meine Firma habe auch nicht aus diesem Grunde dem Aussperrungsbefehl Folge geleistet, sondern nur deshalb, um keine Gehorsamsverweigerung vor verammelter Mannschaft zu begehen. Denn den Passus der Konventionalkonflikte hätte keine Mitgliedsfirma des RDZ zu befürchten. Liegt doch die Sache so, daß bei Anruf das Kartellgericht Berlin einen derartigen Passus

sofort für null und nichtig erklären

wird, weil er in seiner Auswirkung geeignet wäre, eine ganze Industrie lahmzulegen gegen den Willen der jeweiligen Unternehmer selbst und damit die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen heraufbeschworen werden können. Das ginge denn doch zu weit und, Gott sei Dank, ist das Kartellgericht in allen derartigen Fällen zur Nichtigerklärung des betreffenden Passus gekommen.

Wer also die Aussperrung aufheben will, ist erst der Anfang zur Rückkehr zur Vernunft gemacht, werden innerhalb 48 Stunden die Hälfte der Betriebe die Aussperrung aufheben und die Leute gehen ruhig ihrer Tätigkeit nach. Da ich selbst zu den Gründern des RDZ gehörte, werde ich nach Beendigung des Konflikts

aus dem Verband ausscheiden,

aus den verschiedensten Gründen, und zwar

1. weil mein Geschäft durch die Stilllegung sehr gefährdet wurde,
2. weil mir Frieden und Freundschaft mit meinen paar hundert Arbeitern seit Jahrzehnten heilige Pflicht ist;
3. weil sich eine Aussperrung weder mit meinen liberalen noch demokratischen Lebensansichten vereinbaren läßt;
4. die in ihrer Auswirkung brutal anmutende drohische Maßnahme die Wirtschaft stark gefährdet, ja, geradezu

eine staatsgefährliche Aktion darstellt.

5. weil ich weder mein Unternehmen noch meine Belegschaft vor den Karren der Berliner Machthaber spannen lasse.

Ich habe meinen Arbeitern nach der Aussperrung auf deren Befragen erklärt: Mein Herz ist nicht bei dieser Maßnahme, das wißt

ihr; nun sind wir im Kampf, haltet aus und siegt. Werdet ihr siegen, dann ist der Sieg nicht nur euch, sondern dient der ganzen Branche, denn wir müssen dann anders kalkulieren, und das ist die einzige Möglichkeit, um überhaupt einmal aus dem jahrelangen elenden Zustand in der Zigarrenbranche herauszukommen.“

Wir geben dieser Darstellung lediglich deshalb Raum, um zu zeigen, daß keineswegs alle Zigarrenfabrikanten mit dem aussperrenden Reichsverband einig sind. Allein — sie fürchten die Konventionalkonflikte. Würde eine Gewerkschaft ihre Mitglieder durch ähnliche Mittel zwingen sich an einer Aktion zu beteiligen, die gesamte Rechtspresse würde über unerhörten Terror zetern.

In Brandenburg-Pommern

sind, wie uns vom Gauleiter des Deutschen Tabakarbeiterverbandes mitgeteilt wird, von rund 3500 Arbeitern und Arbeiterinnen in der Zigarrenindustrie etwa die Hälfte ausgesperrt. In Ost-

SDP. - Metallarbeiter!

Besucht die

Wahlkörper - Versammlungen!

preußen, wo sich die Fabriken von Voese u. Wolff befinden, ist dagegen die Aussperrung vollständig durchgeführt.

Es häufen sich bei uns die Zuschriften aus Leserkreisen, in denen um Adressen von besonders unterstützungsbedürftigen Tabakarbeiterfamilien, die von den Unternehmern ausgesperrt wurden, gebeten wird. Im allgemeinen bittet man uns um Adressen aus dem Eichsfeld und dem oberhessischen Bezirk. Da es uns nicht möglich ist, alle Schreiben zu beantworten, geben wir hiermit die Adressen der Gauleiter des Deutschen Tabakarbeiterverbandes dieser Bezirke bekannt, die die zugehenden Sendungen weiterleiten werden: H. Schmidt, Nordhausen, Marktstr. 16; Alfred Kiel, Gießen, Schottstr. 10.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften erklärt einen Aufruf zur Unterstützung der ausgesperrten Zigarrenarbeiter und weist darauf hin, daß 95 Proz. der Mitglieder des christlichen Tabakarbeiterverbandes ausgesperrt sind.

Der Streik auf den Saar-Eisenhütten.

Bis jetzt 13000 Streikende.

Saarbrücken, 22. November.

Auf dem Röchlingschen Eisenwerk in Wölklingen, wo gestern nachmittag die Arbeit wieder aufgenommen worden war, legten heute vormittag erneut circa 1000 Mann die Arbeit nieder. Bei Röchlings-Wölklingen, Burbacher Hütte, Reunkirchner Eisenwerk, Köhlerwerk und fünf Leistwerks ausgebrochen. Eine heute vormittag abgehaltene Versammlung der Belegschaft der Halberger Hütte beschloß, noch morgen ab in den Streik zu treten.

Nach einer anderen Meldung befinden sich bis jetzt 13000 Arbeiter im Streik. Offenbar handelt es sich nicht um eine planmäßige Bewegung, sondern um spontane Streiks.

Verbandstag der Maschinisten und Heizer.

Die Wahlen zum Vorstand.

Frankfurt a. M., 22. November. (Eigenbericht.)

Nach den Angriffen gegen die beiden Vorsitzenden Liebe und Schlichting konnte man mit Recht gespannt sein, wie die Wahl der Generalkonferenz ausfallen wird: Liebe und Schlichting wurden fast einstimmig wiedergewählt. Von den 44 anwesenden Delegierten stimmten 42 für Wiederwahl der beiden Vorsitzenden, die beiden kommunistischen Delegierten stimmten dagegen. Die gleiche Stimmzahl erhielten die übrigen Mitglieder des Vorstandes. Als Kassierer wurde Robert Kran gewählt.

Darauf sprach Balleng-Berlin über die Entwicklung und Bedeutung des Berufs im Wirtschaftsleben. Er schilderte die geschichtliche Entwicklung der Dampfesselüberwachung und deren gesetzliche Regelung. Es habe sich ein automatisches System herausgebildet. Immer mehr seien die Unternehmer dazu übergegangen, die Dampfesselüberwachung in eigene Regale zu übernehmen. Schließlich habe der Staat die Regelung so vorgenommen, daß nur in seinem Auszuge private Organisationen die Dampfesselüberwachung ausüben.

Nach der Revolution sei es möglich gewesen, in dieses System Breche zu schlagen. In Preußen, Hamburg, Sachsen und Thüringen bestehen heute staatliche Dampfesselüberwachungen unter Mitwirkung der Berufscollegen. Aber auch international bestand vor dem Kriege eine Verbindung. 1914 gab es einen internationalen Dampfesselbesitzerverein, der sich auch mit der Ueberwachung der Dampfessel und deren staatliche Regelung befaßte. Diese internationale Organisation ist nicht mehr zustande gekommen nach dem Kriege. Deshalb ist es notwendig, daß das Internationale Arbeitsamt sich mit dieser Frage befaßt. Die Frage muß international geregelt werden. Auch muß der Befähigungsnachweis eine internationale Regelung erfahren. Balleng ging zum Schluß auf den Befähigungsnachweis der Maschinisten in der Binnen- und Seeschifffahrt ein. Die Ströme seien internationalisiert, deshalb müsse die Frage ebenfalls international geregelt werden. Am Ende seines Vortrags kam der Redner auf die technische Entwicklung zu sprechen und illustrierte an Hand dessen die Bedeutung des Berufs der Maschinisten und Heizer im heutigen Wirtschaftsleben.

In der Aussprache wurde von allen Rednern die Notwendigkeit der Berufsausbildung hervorgehoben. Nur so sei es möglich gewesen, daß der Verband seine Bedeutung gewonnen habe und nur so seien die Mitglieder als gute Verbandscollegen zusammengehalten gewesen.

Genosse Hermann Müller vom ADZ erklärte zur Frage der Regelung der internationalen Dampfesselüberwachung in seiner Eigenschaft als Mitglied des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts, daß sich die Arbeitskonferenz des Jahres 1928 mit der Frage der Unfallverhütung befaßt und dabei an der Frage der Dampfesselüberwachung nicht vorübergehen kann. Die Arbeitergruppe des Verwaltungsrats habe sich mit dieser Angelegenheit baldmöglichst zu beschäftigen.

Direktor Donau vom Internationalen Arbeitsamt erklärte, daß er die Wünsche des Verbandes bezüglich der Dampfesselüberwachung dem Direktor des Internationalen Arbeitsamts Thomas weitergeben wolle. Gemeinsam mit Hermann Müller werde die Frage zu fördern versucht werden.

Fünf Tote in Denver.

Die Streikenden waren unbewaffnet.

Denver, 22. November.

Die Zahl der Personen, die bei dem gestrigen Kampf zwischen streikenden Bergarbeitern und Polizei getötet wurden, hat sich infolge Abtötens zweier Verletzter auf insgesamt fünf erhöht. Acht Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe und Stockschläge schwer (?) verletzt. Bevor die Polizei, die nur aus zwanzig Mann bestand, das Feuer eröffnete, war es zu einer wahren Schlacht gekommen.

Aus diesem von der Polizei inspirierten Bericht geht unüberleglich hervor, daß die Polizei auf unbewaffnete Hochverbrechen gehört das in den Rocky Mountains zu den Traditionen der Polizei.

Militär zieht ein!

New York, 22. November.

Die Unruhen der streikenden Bergarbeiter in Denver nehmen einen immer größeren Umfang an. Die Zahl der Toten ist auf fünf, die der Verletzten auf 60 gestiegen. 22 Polizisten erlitten Verletzungen, davon 10 solche schwerer Art. Um weiteren Unruhen vorzubeugen, sind fünf Kompanien Infanterie, zwei Abteilungen Kavallerie und zwei Tanks auf der Grube stationiert worden. Da man einen Mordversuch gegen den Gouverneur (?) befürchtet, wird sein Haus von 500 Soldaten bewacht.

NSD-Sieg in den Unterweserorten.

Bremerhaven, 22. November.

In den Unterweserorten wurden zur Angestelltenversicherungschaft fast dreimal soviel Stimmen abgegeben wie bei der Wahl im Jahre 1922. In Bremerhaven wurden 694 gültige Stimmen gezählt. Davon erhielten die Hauptauschussverbände 383, die NSD-Verbände 286 Stimmen; der Rest fiel auf eine Sonderliste. In Wefermünde sind 1571 Stimmen abgegeben worden, von denen 567 auf die Hauptauschussverbände und 1001 auf die NSD-Verbände entfielen.

Lohnbewegung der rheinischen Gemeindefabrikanten.

Köln, 22. November.

In einer Versammlung der christlichen und freien Gewerkschaften der rheinischen Gemeindefabrikanten wurde einstimmig beschlossen, den Tarifvertrag zum 31. Dezember zu kündigen und den rheinischen Gemeinden eine Forderung auf Erhöhung der Löhne in allen Gruppen und Ortsklassen um 15 Pf. die Stunde zu unterbreiten. In einer Entschließung wurde mit Bedauern Kenntnis von der ablehnenden Haltung des Arbeitgeberverbandes hinsichtlich einer zwischentariflichen Lohnerhöhung genommen.

Arbeitslose Lebensmittel- und Getränkearbeiter.

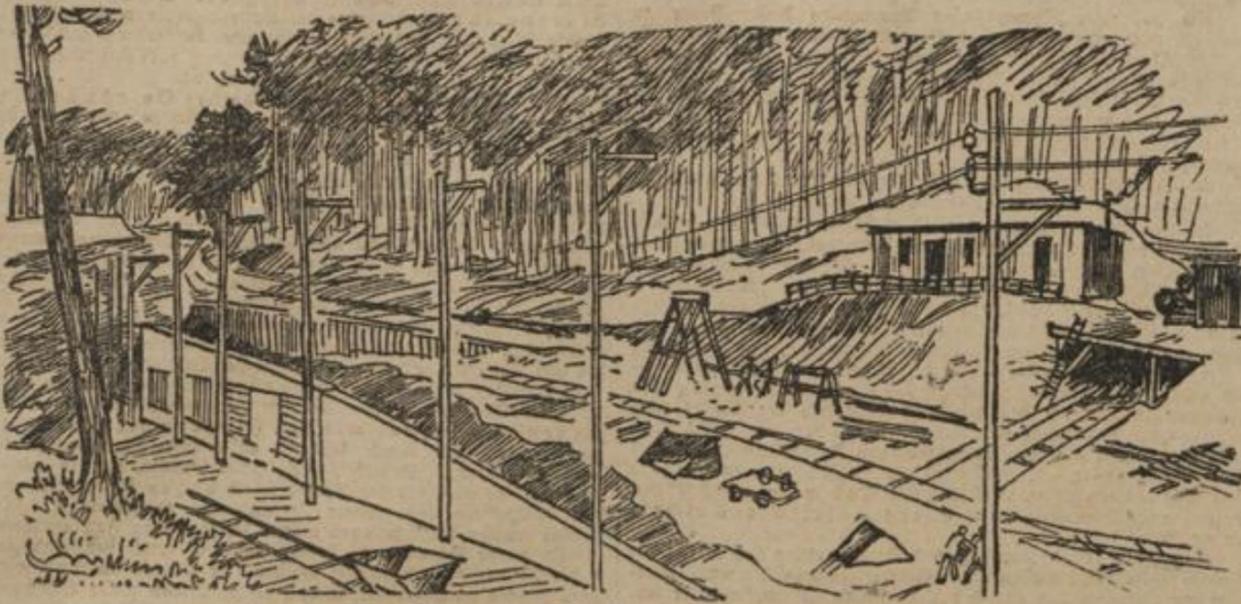
Unsere arbeitslosen Mitglieder werden ersucht, sich jeweils Erhebung einer Weihnachtsspende in eine Liste einzutragen zu lassen, die in den üblichen Geschäftsstunden in der Geschäftsstelle Wuladstr. 10 ausliegt. Die Eintragung muß bis einschließlich Sonnabend, dem 10. Dezember, erfolgt sein; spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Bei der Eintragung ist das Mitgliedsbuch und die Kontrollkarte des Arbeitsnachweises vorzulegen. Die Ortsverwaltung, E. Hübner.

Zu dem Schiedspruch im Rauch- und Schnupftabakgewerbe ist zu berichten, daß der Tarifvertrag nicht am 1. Oktober, sondern am 31. Oktober abließ.

Wahlung NSD-Beitragungsarbeiten! Am Freitag, 24. November, 18½ Uhr, in den Residenz-Saal, Sandberger Str. 31, Versammlung aller SPD-Gewerkschaften und -Gewerkschaften. Tagesordnung: Bericht des Genossen Furtwängler, ADZ, Kasparow. Wahlkörperwahlung. Wahlung, Spinnstoff- und Textil-Verarbeitungen! Am Donnerstag, 24. November, 18 Uhr, bei Bruner, Gerhof, Waidhühner, Versammlung aller SPD-Gewerkschaften, Genosse C. Jocher, W. 2. L. spricht über „Unser Kampf um die politische Macht.“ Bitte können eingehend werden. Reclamierungen werden entgegengenommen. Schreiben Besuch erwartet. Des Praktikantenwahl.

Teils Gewerkschaften Groß-Berlin. Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, 10 Uhr die Gruppe: Realitäten: Gruppenleiter Jugendheim Bezirk 2 (Sof). Berufsberatung: Hans Kirschen zur modernen Beleuchtung. — Südwesten: Gruppenleiter Jugendheim Bezirk 11 (Habeisgebäude). Probieren. — Nordost: Gruppenleiter Bezirk 12-13. Vortrag: „Die soziale Frage.“ — Westend: Gruppenleiter Bezirk 14. Bericht von der Wählungsarbeit. — Nordwesten: Gruppenleiter Bezirk 10. Bericht von der Wählungsarbeit. — Nordosten: Gruppenleiter Bezirk 15. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 16. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 17. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 18. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 19. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 20. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 21. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 22. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 23. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 24. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 25. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 26. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 27. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 28. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 29. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 30. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 31. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 32. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 33. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 34. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 35. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 36. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 37. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 38. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 39. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 40. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 41. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 42. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 43. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 44. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 45. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 46. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 47. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 48. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 49. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 50. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 51. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 52. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 53. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 54. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 55. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 56. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 57. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 58. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 59. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 60. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 61. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 62. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 63. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 64. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 65. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 66. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 67. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 68. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 69. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 70. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 71. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 72. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 73. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 74. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 75. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 76. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 77. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 78. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 79. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 80. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 81. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 82. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 83. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 84. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 85. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 86. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 87. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 88. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 89. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 90. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 91. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 92. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 93. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 94. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 95. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 96. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 97. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 98. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 99. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 100. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 101. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 102. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 103. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 104. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 105. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 106. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 107. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 108. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 109. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 110. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 111. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 112. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 113. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 114. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 115. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 116. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 117. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 118. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 119. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 120. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 121. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 122. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 123. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 124. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 125. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 126. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 127. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 128. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 129. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 130. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 131. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 132. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 133. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 134. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 135. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 136. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 137. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 138. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 139. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 140. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 141. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 142. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 143. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 144. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 145. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 146. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 147. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 148. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 149. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 150. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 151. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 152. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 153. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 154. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 155. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 156. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 157. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 158. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 159. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 160. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 161. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 162. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 163. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 164. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 165. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 166. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 167. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 168. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 169. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 170. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 171. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 172. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 173. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 174. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 175. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 176. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 177. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 178. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 179. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 180. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 181. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 182. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 183. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 184. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 185. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 186. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 187. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 188. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 189. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 190. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 191. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 192. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 193. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 194. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 195. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 196. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 197. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 198. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 199. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 200. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 201. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 202. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 203. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 204. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 205. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 206. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 207. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 208. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 209. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 210. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 211. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 212. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 213. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 214. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 215. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 216. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 217. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 218. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 219. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 220. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 221. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 222. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 223. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 224. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 225. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 226. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 227. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 228. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 229. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 230. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 231. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 232. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 233. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 234. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 235. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 236. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 237. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 238. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 239. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 240. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 241. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 242. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 243. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 244. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 245. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 246. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 247. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 248. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 249. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 250. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 251. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 252. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 253. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 254. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 255. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 256. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 257. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 258. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 259. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 260. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 261. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 262. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 263. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 264. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 265. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 266. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 267. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 268. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 269. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 270. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 271. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 272. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 273. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 274. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 275. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 276. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 277. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 278. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 279. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 280. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 281. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 282. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 283. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 284. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 285. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 286. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 287. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 288. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 289. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 290. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 291. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 292. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 293. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 294. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 295. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 296. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 297. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 298. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 299. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 300. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 301. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 302. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 303. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 304. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 305. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 306. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 307. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 308. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 309. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 310. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 311. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 312. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 313. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 314. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 315. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 316. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 317. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 318. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 319. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 320. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 321. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 322. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 323. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 324. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 325. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 326. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 327. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 328. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 329. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 330. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 331. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 332. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 333. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 334. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 335. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 336. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 337. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 338. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 339. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 340. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 341. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 342. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 343. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk 344. Bericht von der Wählungsarbeit. — Westend: Gruppenleiter Bezirk

U-Bahn durch den Grunewald.



Bau der Verlängerung der Strecke Stadion—Ruhleben.

Die fünf kleinen „w's“.

Die Grundpfeiler der Rationalisierung.

Im Rahmen des von der Industrie- und Handelskammer zu Berlin in Verbindung mit der Gesellschaft von Freunden der Handelshochschule Berlin in der Handelshochschule veranstalteten Vortragszyklus sprach gestern Heinrich Grünfeld, der Vorsitzende der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, über „Rationalisierung des Einzelhandels“.

Der Vortragende wies einleitend darauf hin, daß das „Schlagwort“ von der Rationalisierung noch sehr lange energisch durch die Verbände des Einzelhandels durchgesetzt werden müssen, ehe diese zum Tatort für die vielen tausend kleinen und mittleren Betriebe werden kann.

Im Verkauf beruht die Rationalisierung der Form nach in der wesentlichen Verbesserung der Sachausbildung der Verkäufer, in entwickelterem Kundendienst und in einer bequemeren, nicht aufdringlichen Abfertigung.

gleichartige Geschäfte nach gleichen Grundlagen. Diese vertrauensvoll den Verbänden zur Verfügung zu stellen, um durch Austausch der Erfahrungen eigene Fehlerquellen kennenzulernen, wird ein Hauptgebiet rationaler Verbandsarbeit werden müssen.

Die Methode des Herrn Splettföber.

Warnung für Heiratslustige.

Der Heiratschwinder Splettföber hatte sich seine eigene Methode herausgearbeitet. Als guter Psychologe wußte er, daß die verwundbarste Stelle vieler Frauen und Mädchen „Mitleid“ heißt.

Da war z. B. eine, sie mag schon ihre 46 Jahre alt gewesen sein. Ihr erzählte er, er habe eine eigene Wohnung am Stuttgarter Platz. Seine Schwiegereltern seien aus Polen gekommen, um das tote Kind abzuholen.

35 Mill. Fahrgäste auf Stadt- und Vorortbahnen.

Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, sind auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen im Oktober 34 906 000 Personen befördert worden.

Zement.

Roman von Fjodor Orlow.

Ein blauer Himmel, und hoch über dem Kopf, wie ein zartes Reifgebilde — Wolken, und durch sie hindurch schimmert wieder die Bläue des Himmels.

Und rechts und links junges, durchsichtiges, mit goldenem Staub bedecktes Gras und dazwischen glühen wie Feuerchen goldene Butterblumen — klein und jung wie Ruchlein. Sie bewegen sich und laufen ihr von weitem entgegen, so hübsch sind sie und ihr verwaschen.

Und kaum hatte Dasha diese Blumen bemerkt, so war ihr Herz voller Bärtlichkeit. Sie verlor den Atem, das Herz lag in der Brust, sie schrie auf und überströmte von Tränen.

Und sie konnte nicht begreifen: Klang die Stille wie ein großer Faden in ihrem Ohr oder sang eine Berce. Sie sah durchsichtigen Blau der Wolken — ferne Saiten klingen in ihnen. Vielleicht singen die Wolken, vielleicht die stammenden Butterblumen.

Am Galopp und mit Pferdehufgetrappel tauchten hinter Hügel Rotarmisten, mit überm Rücken gehängten Gewehren. Ihnen voran jagte in wildem Lauf ein braunhaariger Mann in schwarzem Leder. Dasha fuhr zusammen und sprang auf.

Genosse Badjin! Die Rotarmisten schrien alle durcheinander, lachten übers ganze Gesicht und winkten mit den Händen.

Dasha schrie auf und lief Badjin entgegen. Er hielt mit einem Ruck das Pferd an und sprang aus dem Sattel.

„Dasha!“ Mit beiden Händen sah sie Badjins Hand, weinte und lachte.

Die Rotarmisten umringelten sie, schrien alle um die Wette, es war nicht zu verstehen, was. Einer der Reiter sah sie lange schweigend an (er hatte

starke Backenknochen, einen großen Mund und Augen, die tief unter der Stirne lagen), kroch dann schweigend langsam vom Pferd und legte seine Hand auf ihre Schulter.

„Genossin! ... Hier hast du ein Pferd. ... Setz dich. ... Komm, ich helfe dir.“

Dasha lachte, griff nach der Hand des Rotarmisten, schüttelte sie ebenso wie Badjins Hand.

„Danke, Genosse. ... Ich wußte gar nicht, wie gut ihr alle seid. ... Meinem Weg habt ihr ein ganzes Regiment in Bewegung gesetzt ... und Genosse Badjin ist ganz außer Atem.“

Die Rotarmisten standen, die Pferde rieben sich aneinander, und mit erstaunten und lachenden Augen sahen die Männer Dasha an. Und der Großmäulige hob sie auf den Sattel, verzog sein Gesicht in ein Lächeln — bis zu den Ohren, zog schweigend einen Steigbügel eines anderen Rotarmisten herunter und schlang sich mit einem Schwung auf dessen Pferd.

Badjin ritt neben Dasha, stützte sie besorgt auf den holprigen Bogen, sah, ob die Zügel, der Sattel, der Zaum in Ordnung waren. Dasha sah seine besorgte Fürsorge und lächelte ihn mit freudlichem Lächeln an.

„Was wir mit dir? Erzähle.“ „Ach nichts, Genosse Badjin. ... Sie haben sich dort wichtig gemacht und mich dann laufen lassen. ... Mit Frauengimmern werden sie sich doch nicht einlassen? ... Haben mich durchgeprügelt ... das ist alles.“

Und lachte wieder. Und Badjin schaute sie forschend, mit wissenden Augen an und lächelte weich (so ein Lächeln hatte noch niemand beim Vorsitzenden des Exekutivkomitees gesehen). Und bis zur Siedlung ritt er ganz neben ihr und sah immer voller Sorge nach dem Sattel und ob Dasha auch fest und gut saß.

Vor dem Bezirksexekutivkomitee, auf dem Plage vor der Kirche stand eine lange Reihe von Wagen, die ausgespannten Pferde schlugen mit ihren Schweifen um sich, und die Räder und Schafe drehten ihre Köpfe mit den Hörnern hin und her. Kosaken drängten sich wie auf einem Jahrmarkt. Weiber schrien und riefen. Kleine Jungen, mit und ohne Belzmützen, jagten nach Heuschrecken und spielten Hudevad. Und irgendwo, ganz nah, nicht im Hofe des Exekutivkomitees und nicht in der Menschenansammlung — weinte und schrie heiser eine trunksene Stimme:

Ruchlein, du aufgeblasenes, Ractes, barfüßiges ...

Die Stimme rächte nicht aus. Sie stöhnte, leuchtete und sang trocken, schrie heifer immer wieder dieselben Worte wie besessen.

Borsichij sah im Tscherkesseurock, mit einem Dolch im Gürtel, vor einem Tisch, rollte seine asiatischen Augen und fragte sorgfältig mit seiner Feder über ein Papier. Er hob den Kopf, warf Dasha einen Blick zu, und sein Gesicht, das Gesicht eines Kriegers der „Teufelsarmee“, zuckte nicht mit einem Muskel. Er brüllte nur wie ein Stier: „Aha, dein Glück, daß der Tod dich diesmal nicht gepackt hat.“

Badjin ging mit schweren Schritten, wie bei sich im Exekutivkomitee, zum Tisch und war wieder kalt und verschlossen.

„Genosse Borsichij, laß Saltanow herrufen.“

Borsichij ging elastisch, mit weiblicher Grazie, zur Tür. „Genosse Saltanow, der Vorsitzende des Exekutivkomitees veranlagt nach dir.“

Und kehrte mit derselben Grazie auf seinen Platz zurück. Und als Saltanow hereinkam und vor dem Tisch stehen blieb, sagte Badjin kalt, zwischen den Zähnen, ihn aufmerksam und finstern ansehend: „Genosse Saltanow, du wirst deiner Aufgabe entzogen und bist verhaftet. Morgen wirst du zusammen mit Borsichij in die Stadt kommen. Dort werde ich die Sache sofort dem Revolutionstribunal übergeben.“

Saltanow legte seine Hand auf die Mühe, stand stramm, sah Badjin mit lachenden, weit aufgerissenen Augen an und ging zwei Schritte nach rückwärts. „Ich habe alle Anordnungen, die ich vom Gouvernements-exekutivkomitee erhalten habe, genau und streng durchgeführt.“

Badjin drehte sich weg und sah schweigend Borsichij's Mühe an.

„Genosse Borsichij, liquidiere diese ganze Rusif so, daß du diese Lausache zu unseren Gunsten ausnützt. Die feindliche Stimmung muß mit der Wurzel ausgerottet werden. Wenn du aus der Stadt zurückkommst, so rüttle mit einem Schläge alle Schichten, von unten angefangen, auf. Komm auf den Platz.“

Und als sie zu dritt, Badjin, Borsichij und Dasha, zu den Wagenreihen gingen, sahen die Kosaken in ihren Belzmützen, die Bauern und Bäuerinnen sie mit tiefeingefallenen, wie blinden Augen an. Die Wagen standen hier ganze Tage und Nächte, und ganze Tage und Nächte drängten sich die Bauern um sie, ohne wegzugehen, und saßen nachts um die Kessel herum wie Zigeuner.

(Fortsetzung folgt.)

Elektrifizierung der Berliner Reichsbahn.

Vortrag des Reichsbahnoberrats Jaenede.

Zur Einleitung des Architekten- und Ingenieurvereins zu Berlin sprach am Montag abend im Meisteraal Reichsbahnoberrat Dr.-Ing. Jaenede, Professor an der Technischen Hochschule zu Breslau, über die Elektrifizierung der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen. Die Bedeutung, die der Verkehr auf diesen Strecken der Reichsbahn für Berlin hat, ergibt sich aus der Tatsache, daß der Fernverkehr von und nach Berlin täglich etwa 140 000 Personen zu befördern hat, während die städtischen Berliner Verkehrsmittel, also Reichsbahnen, Hochbahn, Straßenbahn und Autobus, nahezu 4 Millionen Menschen zu befördern haben. Das Schlimme aber ist, daß sich diese 4 Millionen nicht gleichmäßig auf den ganzen Tag verteilen, sondern daß sich die Notwendigkeit ergibt, zur Zeit der Verkehrsspitzen, also in den Zeiten vor Arbeitsbeginn und nach Arbeitschluss, ungeheure, zusammengeballte Massen schnell und sicher zu befördern, während in den Zwischenzeiten eine vollkommene Ebbe eintritt. Der Bahnhof Fürstendamm z. B. hat in der Zeit der Verkehrsspitze etwa 7000 Personen in der Stunde abzusenden, während er außerhalb dieser Zeit nur hundert hat. Es hat sich nun, und zwar aus verkehrlichen, betrieblichen und wirtschaftlichen Gründen, die Notwendigkeit ergeben, die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen zu elektrifizieren, weil uns der elektrische Betrieb durch schnelle und lebhafte Unterbrechung der Vollzüge in Dreier-, Halb- und sogar Viertelzüge in den Stand setzt, sich diesem auf- und abwechselnden Verkehr anzupassen. Heute laufen über die Stadtbahn im Höchstfall 24 Züge pro Stunde, in Zukunft werden 40 Züge pro Stunde abgefertigt werden können. Vom Potsdamer Ringbahnhof gehen jetzt stündlich 12, in Zukunft 24 Züge ab. Beim elektrischen Betriebe fallen die vielen Rangierarbeiten, die mit dem Umlegen der Lokomotiven, dem Wasser- und Kohlennehmen und Schwächen der Züge verbunden sind, fort. Der Betrieb wird einfacher, die Fahrzeiten werden um 25 Proz. verkürzt, und die Zugzahlen können vermehrt werden. Entscheidend für die Einführung des elektrischen Betriebes ist die wirtschaftliche Seite. Die Betriebskosten gehen zurück, während die Ausgaben für Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals steigen. Die Personalkosten vermindern sich durch Einschränkung des Lokomotivpersonals, Rangier- und Werkstättenpersonals. Der Rechner betont, daß die künftigen Triebwagenführer nicht so hohe Gehälter bekommen werden wie die jetzigen Lokomotivführer, und da jetzt etwa 1000 Löhne laufen, so werde diese Ersparnis ganz erheblich sein. Es ergibt sich, daß trotz der höheren Ausgaben für die Verzinsung des Anlagekapitals die Elektrifizierung wirtschaftlich ist.

Drei große Bauaufgaben sind zu lösen; nämlich 1. die Beschaffung, Umformung und Verteilung des elektrischen Stromes; 2. der Bau der neuen Bogen; 3. die Ausführung einer Reihe von baulichen Veränderungen. Der Strom wird von den BEW. und den Elektrowerken bzw. Trammendort geliefert werden. Es wird selbständige Streckenblockierung eingeführt werden, was übrigens einen Austausch der eisernen Schranken gegen hölzerne zur Folge hat. Die Wagen werden nach den modernsten Grundrissen gebaut. Die Stadtbahnwagen werden im Gegensatz zu den Wagen der Vorortzüge mehr Stieplätze aufweisen. Auch haben die neuen Stadtbahnzüge 110 Plätze weniger als die jetzigen Stadtbahnzüge. Nachdem die Strecken nach Bernau, Dramenburg und Babelsberg bereits elektrifiziert worden sind, sind jetzt die Strecken Potsdam—Erkner einschließlich Sahnstrecke, Berlin—Grünau und Berlin—Kauhsdorf in Bau.

Durch den neuen Bahnhofsbaubau zwischen Charlottenburg und Eichkamp wird Spandau endlich bessere Verbindungen bekommen. Für die neuen Wagen wird in Nieder-Schöneweide eine große Werkstatt erbaut.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Ein Diskussionsredner bemängelte allerdings mit Recht, daß der Vortrag auf die verkehrspolitische Seite gar nicht eingegangen sei, und allzu sehr die wirtschaftspolitische betont habe.

Gegen Mißhandlungen auf Polizeiwachen.

Eine Erklärung des Polizeipräsidenten.

Zu den von uns am Dienstagmorgen gemeldeten Beschuldigungen gegen einen Schupobeamten, die den Polizeipräsidenten Jürgel als sofortigen und scharfen Eingreifen veranlaßt haben, liegt jetzt auch eine persönliche Erklärung des Polizeipräsidenten vor. Ueber seine Stellungnahme zu den leider vorgekommenen Mißhandlungen auf Polizeiwachen hat er aus Anlaß dieses neuesten Falles geäußert:

„Nachdem Ende vorigen Jahres Fälle zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangt waren, in denen Polizeibeamte auf Reiterwachen geprügelt hatten, und nachdem in allen Fällen, die sich bei der Nachprüfung als stichhaltig erwiesen, auf das entschiedenste durchgegriffen worden war, hatte dieses Uebel aufgehört. Bei einem Fall, wie diesem, wird abermals energisch durchgegriffen. Es gibt kaum etwas Schimpflicheres, als Menschen, die sich in der Gewalt der Polizei befinden, und sich freiwildig oder unfreiwillig in die Hände der Polizei begeben haben, zu mißhandeln. Ich kann nur dem Büchle Ausdrück geben, daß alle derartige Vorkommnisse, gleichviel wen sie betreffen, mir sofort zur Kenntnis gebracht werden. Die Deffektivität darf überzeugt sein, daß richterlich eingeschritten und jeder Schuldige zur Rechenschaft gezogen wird. Hier steht mehr auf dem Spiel, als die Sühnung eines bedauerlichen Einzelfalles — hier handelt es sich um die Wahrung des Ansehens der Berliner Polizei.“

Auch eine „Fliegerkule“.

Schlechte Erfahrungen machen junge Leute, die die Fliegerkule erlernen wollen, mit der schwäbischen Segelflugkule in Bförschingen, mit der sich auch das Landeskriminalamt Karlsruhe bereits beschäftigt hat. Die Kule wird für ihren Betrieb durch Zeitungsinserte. Sie wird beschuldigt, nicht das zu halten, was sie verspricht. Die angehenden Schüler werden zunächst verpflichtet 25 Wochen lang wöchentlich je einen Lehrbrief zum Preise von 4,20 M. zu beziehen und erst dann zu einem praktischen Kursus einzutreten. Hierbei handelt es sich nur um Geldstücke von 150 bis 600 Metern. Die Hauptbeschuldigung der Schüler bezieht aber darin, die beschädigten Flugzeuge wieder auszubessern. Die „Lehrbriefe“ sind auf Veranlassung der Landeskriminalpolizei geprüft worden und nach sachverständigem Gutachten aus einem Lehrbuch abgeschrieben und wertlos.

Zum Wintersport in den Harz.

Die Schneefälle der letzten Tage lassen erwarten, daß am kommenden Sonntag bereits im Harz die Wintersportlustigen ihren Sport ausüben können. Für die Berliner bietet sich eine besonders günstige Gelegenheit, den Harz mit Sonntagsrucksackfahrten zu erreichen, da die Schnellzüge nach dem Harz zur Benutzung mit Sonntagsrucksackfahrern freigegeben sind. Die Hin- und Rückfahrt kann erfolgen mit den Schnellzügen D 30 ab Potsdamer Bahnhof 11.20 Uhr, D 32 ab Potsdamer Bahnhof 13 Uhr und D 40 ab Potsdamer Bahnhof 15.55 Uhr. Alle Züge haben Anschluss nach Blankenburg a. S. und Wernigerode. Zur Rückfahrt kommt der beschleunigte Personenzug 333 in Frose, der Anschluss von diesen beiden Orten hat: ab Wernigerode 18.34 Uhr, ab Blankenburg 18.40 Uhr; der Zug trifft um 23.44 Uhr in Berlin ein.

Die Zahnkrankheiten und der Tod.

Vor kurzem wurde von einem Todesfall nach einer Zahnbehandlung berichtet. Solche Notizen können im Publikum eine gewisse Beunruhigung schaffen. Deshalb ist es die Aufgabe der nachfolgenden Zeilen, den Umfang tödlicher Zufälle bei Zahnbehandlungen festzustellen.

Um zu einer einwandfreien Beurteilung dieser Frage zu kommen, muß man sich darüber klar sein, wieviel Menschen z. B. in Deutschland jährlich sich ihre Zähne behandeln lassen. In einer statistischen Arbeit, die die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin mit einer Mitgliederzahl von etwa 500 000 Menschen umfaßt, konnte ich feststellen:

- 1. Daß jedes fünfte Mitglied der Kasse einmal im Jahre den Zahnarzt aufsucht.
- 2. Daß auf jedes sechste Mitglied der Kasse einmal im Jahre eine Zahnextraktion (Zahnziehen) kommt.

In Deutschland werden rund 33 Millionen Menschen als Mitglieder oder Familienmitglieder von Krankentassen gesundheitslich betreut. Begt man die ermittelten Zahlen zugrunde, so kommt man zu der Feststellung, daß in Deutschland 6 1/2 Millionen Menschen einmal im Jahre den Zahnarzt aufsuchen. Ferner kommt auf etwa 5 1/2 Millionen Menschen je eine Zahnextraktion. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß mit diesen Ziffern erst annähernd die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands — nur soweit sie versicherungspflichtig ist — erfasst ist. Bringt man diese Millionen Ziffern, die das gewaltige Bedürfnis des Volkes nach zahnärztlicher Versorgung erkennen lassen, mit den gelegentlich durch die Deffektivität gehenden Nachrichten von Todesfällen infolge von Zahnbehandlung in ein zahlenmäßiges Verhältnis zueinander, so sieht man auf den ersten Blick, daß der Tod in der zahnärztlichen Praxis erfreulicherweise eine überaus seltene Erscheinung ist.

Hämophilie (Bluterkrankheit) und Mundinfektion sind es, die den Eingriff beim Zahnarzt zu einer Gefahr gestalten können. Unterleucht der Zahnarzt den Mund des Patienten, so empfindet er lebhafteste Besorgnis, wenn der Patient ihm mitteilt, daß er ein Bluter oder — um das gebräuchliche Fremdwort zu verwenden — ein Hämophile sei. Die Hämophilie ist eine erbliche Erkrankung, die sich in oft unstillbaren Blutungen selbst bei ganz unbedeutenden Verletzungen äußert. Diese Neigung zeugen gelegentlich verschiedene Familienmitglieder in mehreren aufeinanderfolgenden Generationen. Anders liegt es bei Patienten, die zu starken Blutungen neigen. Diesfach besteht diese Eigenschaft in Verbindung mit Erkrankungen des Körpers — insbesondere Herz- und Nierenkrankungen —, aber man findet diese Disposition auch bei an und für sich gesunden, aber stark blutarmen und blutdürftigen Menschen.

Wie soll sich nun jemand verhalten, wenn er im Anschluß an eine Zahnextraktion von einer Blutung zu Hause überrascht wird? Tritt im Anschluß an eine Zahnextraktion eine Nachblutung ein, so hat der Patient ein Stück reiner, weißer Watte, entnommen dem bekannten sterilen Wattepackchen, auf die blutende Stelle zu legen und den Mund fest zu schließen. Außerdem binde er noch ein Tuch um den Kopf, damit die Kiefer fest aufeinandergepreßt stehen bleiben! Im allgemeinen dürfte die Blutung nach mehrmaliger Wiederholung der Watteaufgabe zum Stehen kommen. Sollte dies nicht der Fall sein, so ist sofort ärztliche Hilfe aufzusuchen.

An dieser Stelle sei darauf aufmerksam gemacht, daß viele Patienten, wenn sie zu Hause von einer Blutung nach einer Zahnextraktion überrascht werden, sich gewöhnlich durch falsches Verhalten selbst schädigen. Sie bekämpfen die Blutung durch Spülen mit kaltem Wasser oder durch Auflegen von Eisstücken. Durch die Zufuhr von Flüssigkeit wird aber die Blutung angeregt, was der Patient gerade verhindern will. Ebenso selten wie Todesfälle infolge von Verblutung nach Zahnextraktionen in der Praxis auftreten, kommen auch Infektionen von Zahnfleischwunden mit tödlichem Ausgang vor.

Gewiß besteht bei jeder Wunde die Gefahr der Infektion. Gerade die Mundhöhle zeichnet sich bekannterweise dadurch aus, daß in ihr die Wundheilung außerordentlich günstig verläuft. Bei aller Vorsicht des Zahnarztes und des Patienten kommen Infektionen der Wunde vor. Gewöhnlich genügen mehrere Behandlungen, in denen die Wunde desinfiziert wird, um eine glatte Heilung und Beseitigung der eoz. auftretenden Schmerzen zu erreichen. Es kann aber auch zu schweren Infektionen kommen, zu einer Gesichtstumor, deren Verlauf unter Umständen tödlich sein kann. Festzustellen aber ist, daß bisher ein direkter Zusammenhang zwischen der Zahnwunde und der Gesichtstumor nicht bekannt ist. In sich ist es schon möglich, daß man neben den Wunden, die man im Mund hat, auch gleichzeitig eine schwere Infektion durch Einbringen von Bakterien (Streptokokken) aus der Luft oder dem Strohentwurf erwerben kann. Dringend warne ich nun man besonders vor der tödlichen Gemohnheit vieler Menschen, sogleich nach dem Entfernen des Zahnes mit den Fingern die Wunde zu berühren. Die Hände sind nie bakterienfrei und können die Wunde infizieren. Bedrohliche Zustände scheinen nur in solchen Fällen einzutreten, wo der Körper durch hohes Alter, körperliche Erschöpfung und schwere Erkrankungen geschwächt ist. Zum Beweis meiner Ausführungen möchte ich folgenden Fall anführen:

In meine Sprechstunde kommt ein annähernd sechzigjähriger, in der Deffektivität bekannter Patient. Er wünscht die Entfernung eines Zahnes im Oberkiefer, in dem er die Ursache vieler Schmerzen sieht. Nach genauerer Untersuchung des mir persönlich nachstehenden Mannes lehne ich die Zahnextraktion ab. Aber ich veranlasse den Patienten, sich sofort wegen seines Allgemeinzustandes in Behandlung eines Arztes zu begeben. Eine halbe Stunde später werde ich von dem betreffenden Mediziner angerufen, der mir mitteilt, daß unser gemeinsamer Patient einen enorm hohen Blutdruck hat. Er habe den Kranken nach Hause geschickt, Bettruhe verordnet und werde ihn des Abends aufsuchen und mich weiter auf dem Laufenden halten. Schon auf dem Heimwege fühlte der Patient sich äußerst elend. Zu Hause angekommen wurde er zu Bett gebracht, verlor das Bewußtsein und starb bald darauf. An Stelle man sich vor, dieser Patient, der an einer schweren Arterioverfälschung litt, hätte einen kranken Zahn gehabt, den ich hätte entfernen müssen. Von vergebenermaßen hätte die Erregung eines geschwächten Körpers beim Zahnziehen und es wäre sehr wohl möglich gewesen, daß der Mann, mit dem ich viele Jahre in freundschaftlicher Weise zusammengearbeitet habe, im Anschluß an einen kleinen zahnärztlichen Eingriff den Tod hätte finden können. Hier hat es sich offenbar um einen schwer erkrankten Menschen gehandelt, dem jede Erregung das Ende hätte bringen können. Deshalb muß man feststellen, daß die Behandlung von Zahnkrankheiten an sich keinerlei Gefahr für gesunde Patienten bedeutet.

Dr. Alexander Decker.

Wenn der Ostwind weht! Schnee auch in Spanien!

In den gestrigen Abendstunden trat auch in Berlin leichter Schneefall ein, der Straßen und Plätze bald in ein weißes Tuch hüllte. Infolge der eingetretenen Stille ereigneten sich auch gleich wieder mehrere Unfälle. Passanten kamen zu Fall und zogen sich mehr oder minder erhebliche Verletzungen zu, so daß sie die Hilfe der städtischen Rettungsstellen in Anspruch nehmen mußten. Von einem besonders schweren Unfall wurde der 43jährige Julius Barowski aus der Kreuzigerstr. 30 in Nichtenberg in der Köhlfeldstraße betroffen. Er kam so unglücklich zu Fall, daß er sich einen schweren Kniegelenkbruch zuzog. Der Verunglückte fand im Roabler Krankenhaus Aufnahme.

Es ist zu fordern, daß die Hauswirte in den frühen Morgenstunden ihrer Streupflicht nachkommen, um Massenstürze, wie sie sich vor Jahresfrist mehrfach gerade in den ersten Morgenstunden in Berlin ereigneten, zu verhüten.

Hamburg, 22. November.
Der Wasserstand der Elbe ist infolge des anhaltenden Ostwindes außerordentlich niedrig, wodurch die Schifffahrt sehr behindert wird. Größere Schiffe können bei Ebbe den Hafen nicht erreichen, während Hakenslepper und kleine Barkassen teils mitten im Fahrwasser auf Grund liegen. Das Elektrizitätswerk „Niederelbe“ in Altona hat mitgeteilt, daß ein geordneter Betrieb infolge des Niedrigwassers nicht möglich ist. Die Beleuchtung in Gaslaternen und Geschäften muß auf das unbedingt notwendige Maß eingeschränkt werden. In allen Städten und Gemeinden, die bei der Ueberlandzentrale angeschlossen sind, ruhen die Betriebe. Das Wasserwerk in Uetersen kann nicht genügend Wasser fördern und mahnt die Einwohner zur Sparmaßnahme. Heute mittag hat sich die Lage infolge Abflauens des Ostwindes etwas gebessert. Die Elbe führt leichtes Treibeis.

Bremen, 22. November.
Am heutigen Dienstag wurde ein Pegelstand von 3,98 Meter unter Bremer Null verzeichnet, während der normale Wasserstand 2,80 Meter beträgt. Großen Schiffen ist es unmöglich, Bremen zu erreichen. In Bremen selbst ist zum größten Teil eine Unterbrechung der Wasser-versorgung eingetreten. In Vegesack mußte die Fähre ihren Betrieb einstellen, da sie das Ufer nicht erreichen konnte.

Madrid, 22. November.
In Spanien sowie in der spanischen Marokkozone herrscht überall raues und stürmisches Wetter. Infolge heftiger Stürme bei Malaga sind unsehr 15 Fahrzeuge gesunken. In Barcelona, Alicante, Granada, Cordoba haben Ueberflutungen beträchtlichen Schaden verursacht. Bei Alicante ist ein Schleppnetzfischerboot gesunken und die aus 13 Mann bestehende Besatzung ertrunken. In San Lucar schlug der Bliz in einen Stall und tötete 15 Pferde. Infolge schwerer Schneefälle in den nördlichen Provinzen und auf dem mittelspanischen Gebirgsplateau erleiden die Züge große Verzögerungen. Aus den Städten und Militärposten der spanischen Marokkozone wird ebenfalls über schwere Stürme und schlechtes Wetter berichtet, durch die vielfach großer Schaden angerichtet wurde.

Kopenhagen, 22. November.
Ueber ganz Dänemark herrscht seit oestern ein schwerer Schneesturm, der ständig zunimmt. Der Abendzug von Brønup nach Høns ist im Schneesturm in einer Schneegrube stecken geblieben und mußte ausgegraben werden. Auch der nächste Zug konnte die Strecke nur mit Mühe passieren. Ebenso ist die Schifffahrt in den dänischen Gewässern außerordentlich gefährdet. In allen Häfen sind Sturmflutungen gehört. Das Kopenhagener meteorologische Institut meldet Windstärke acht, doch laufen von der Küste teilweise Orkanstürme ein. Gestern vormittag ist der aus Steffen kommende Zweimaster „Glimt“

untergegangen. Die Besatzung, darunter ein Deutscher, konnte sich im Beiboot retten. An der Küste von Norddänemark hat der Sturm schwere Ueberflutungen hervorgerufen. Im Hafen von Sonderburg steht das Wasser 1,15 Meter über normal und hat bereits mehrere Straßen der Stadt überschwemmt. Aus Esbjerg an der Westküste von Jütland wird gemeldet, daß der Oststurm das Wasser aus dem Hafenbecken getrieben hat. Der Wasserpiegel ist stark gesunken.

Preußen und die Autosteuer. Für gerechte Verteilung.

Das preussische Staatsministerium hat sich, wie der Amtliche Preussische Pressedienst meldet, mit dem Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes befaßt, der gegenwärtig dem Reichsrat zur Beratung vorliegt.

Das Staatsministerium ging bei seiner Beschlußfassung von der Ansicht aus, daß es hier vor allem darauf ankomme, die Provinzen und Landkreise, denen gemeinhin die Pflicht der Landstrafsteuerhaltung obliegt, und denen hierbei bei der starken Abnutzung durch den immer lebhafter werdenden Automobilverkehr außerordentlich hohe laufende Kosten erwachsen, finanziell zu entlasten, und wenigstens einen angemessenen Teil der Unterhaltungskosten der Wirtschaftsstreifen aufzubürden, die als Hauptwohngebiete der Landstrassen auch eine entsprechende Gegenleistung für ihre steuerliche Leistung empfangen. Man war sich bei der Beschlußfassung klar darüber, daß eine Erhöhung gewisser Sätze der Kraftfahrzeugsteuer bei dieser Sachlage nicht etwa eine Theaurierung von Steuern bedeute — eine Maßnahme, gegen deren Unwirtschaftlichkeit sich die preussische Staatsregierung stets ausgesprochen hat. Vielmehr sollte hier nur, da so die Straßenunterhaltungskosten sonst durch Provinzialumlagen usw. von der Allgemeinheit der Steuerzahler aufgebracht werden müssen, eine gerechte Verteilung der Lasten auf die stärksten Schultern, und wie gesagt, auf die Kreise erfolgen, die selbst in der Hauptfrage die Straßenabnutzung verursachen und die wirtschaftlichen Vorteile eines guten Straßennetzes genießen. Die Erhöhung der Steuerhöhe erfolgt deshalb auch in einer bestimmten Art von Kraftfahrzeugen, die durch ihre besondere schwere Bauart oder schlechte Bereitung und durch Mißführung von Anhängerwagen die Landstrassen besonders stark abnutzen. Sohe allein diese Tatsache, daß das Personen- und Kleinauto, insbesondere auch das typische für ökonomische Zwecke benutzte Automobil des mittleren und kleineren Handels- und Gewerbetreibenden von der Erhöhung nicht betroffen werden, zeigt, daß die Stellungnahme des preussischen Kabinetts nicht etwa Tendenz innewohnt, die an sich erfreuliche und volkswirtschaftlich hochbedeutende Entwiklung des Automobilverkehrs und der Automobilindustrie zu verlangsamen.

Beschlossen wurde im wesentlichen, im Kraftfahrzeugsteuer für folgende Kategorien einzutreten: Die Lastkraftwagen ohne Güterabraum ohne Rücksicht auf ihr Eigengewicht, wie es die Reichsregierung für die Besteuerung der Personenwagen schon vorgeschlagen hat, zu besteuern. Die Ermäßigung des Steuerbetrags bei Ueberbreitung einer bestimmten Gewichtsgrenze (Kilogramm) käme damit in Fortfall. Weiter sollen die schlechten Lastkraftwagen und Kraftomnibusse einer um ein Fünftel erhöhten Steuer herangezogen werden. Außerdem soll der von der Reichsregierung für das Jahr 1923 vorgeschlagene reichsrechtliche Zuschlag von 25 Proz. zur Kraftfahrzeugsteuer auch für die Rechnungsjahre 1929 und 1930 alsbald im Gesetz festgelegt werden.

Forman gegen Schnupfen Wirkung frappant!

MITTWOCHE KINDERTAG

C&A BRENNINKMEYER

Oranienstr. 40
am Oranienplatz

Chausseestr. 113
Beim Stalliner Bhl.

Königstraße 33
Am Bhl. Alexanderplatz

(Nachdruck von Wort und Bild verboten)

BAER SOHN

Berlin, N. 4 nur Chausseestraße 29-30

Jeden **Mittwoch Knaben-Tag**
Extra billige Preise

Eröffnung unserer erweiterten Räume
Freitag, den 25. November, 8 1/2 Uhr morgens

Knabenhosen aus haltbaren Bookskins aus Leibchenhose von 1 65 an

Pyjacks aus warmem Melton, warm gef., mit Aermelstick, für 3 Jahr. 5 50

Strickanzüge reine Wolle, in hervorragender Qualität, Gr. 1 8 25

Knaben-Anzüge Größe 0-6, Matrosen- u. Sportform, aus gemusterten Stoffen 8 40

Knaben-Mäntel in verschied. Stoffarten je nach Qualität u. Größe, für 3 jährige 8 50

Thalia-Theater
Täglich 8 Uhr
Der rote Hahn

Rose-Theater
8 1/2 Uhr
Einer von unsere Lept.

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

J. H. W. Dietz Nachf., G.m.b.H.
Lindenstraße 2

KRONLEUCHTER FABRIK
Prinzenstr. 33

SIEGEL & CO

BERLIN, S. 42

Neue, blank mit 70 cm ge-
luziertem Seidenschirm
E 3 M. 39.- E 3
Kulanzbedingungen
Größtes Musterlager Berlin!

Am 20. November, nach 4 1/2 Uhr,
verschied nach langem, schwerem Leiden
meine liebe Frau, unsere gute Mutter,
Tochter, Schwägerin, Schwester und
Tante

Minna Roll
geb. Hoenicke, im 52. Lebensjahr
in ihrer Heimat
Otto Roll u. Tochter Cécille
Familie Prosser

Einäschung: Donnerstag 21 Nov.,
abends 7 Uhr, Krem. Baumfällenerweg

Von Donnerstag endlich pflügend
meine liebe Frau und Mutter

Luise Drews
Dies zeigen um hilfes Beistand bittend an
Karl Drews u. Sohn
Berlin-Schöneberg,
Garten-Platz-Str. 12

Die Einäschung findet am Don-
nerstag, dem 24. Nov., im Krematorium
Bismarckpark, Berliner Str. 101 A, statt

Am 20. November verstarb unsere
langjährig bewährte Genossin

Anna Schmidt
Stettiner Str. 35
im Alter von 67 Jahren.
Esche ihrem Vordenker!
Einäschung am 21. Nov., abends
7 Uhr, im Krematorium Bismarckpark,
im Wege der Beileidung wird gebeten.
Die Leitung der 19. Abteilung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Bauarbeiter Achtung!

Donnerstag, den 24. November, ab-
mittags 10 Uhr, im Verbandshaus,
Linienstraße 63-65:

Verammlung
der streikenden Bauarbeiter.
Die Tagesordnung wird in der
Verammlung bekanntgegeben.

Achtung! Zellenarbeiter Achtung!

Donnerstag, den 24. November, ab-
mittags 5 Uhr, im Verbandshaus,
Linienstraße 63-65:

Branchenversammlung
der Zellenarbeiter.
Tagesordnung: Wahlprüfung
über die Lohnverhandlungen bei dem
Schichtführer auswärts.
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend
erforderlich.

Donnerstag den 24. Novemb.
abends 7 Uhr, bei Weißhirschgasse
Wahlberechtigte 21:

Branchenversammlung
der Drahtarbeiter.
Tagesordnung: 1. Stellung
zum Ablauf des Lohnvertrages.
2. Aufftrag: 3. Brandversicherung
Beziehungen.
Die Vertretungsleute
um 6 Uhr in dem selben Saal.
Die Ortsvereine

Zu noch nie-
dagewesenen Preisen
bringen wir

**Stores, Gardine
Bettedecken**

Künstler-Gardinen in bester
Qualität für 3,90, 7,50, 9,90 M.
Halbstores in allen Webarten
1,75, 4,50, 5,50 M. - M.
Gardinen-Reste sind jetzt
aus-fest zu halben Preis.
- Einzelverkauf von 9-7 Uhr. -
Spezial-Gardinen-Werkstätten
Neukölln, Bergstr. 67
2 Stock, am Ringbahnhof
Kein Laden!

Schützt Eure Bücher

Bücherschrank in Eiche
Mk. 39,00

1,22 m hoch, 0,70 breit
u. tief, braun ebe-
niert, auch größer-
er Lager. Berlin
nach außerhalb.
B. Meckelburg,
Sternstr. 50, Berlin-
Mitte, Tel. 2071, 2072
Schloßstr. 7-7 Uhr

Besonders
wirksam sind
die KLEINEN
ANZEIGEN in
der Gesamt-
ausgabe des
"Vorwärts"
und trotzdem
billig!!

Malton-Weine
aus Malz

die beste Stärkung für
Kranke, Schwache, Erholungs-
bedürftige und auch Gesunde

Besuchen Sie:
1 Flasche Malton Tokayer-Typ
hat soviel Nährstoffe wie
3 Flaschen Teragon-
und ähnliche Weine.
Seit 1695 ärztlich empfohlen.
Deutsche Malton-Ges. u. B. H.
Wandbeck-Hamburg

Zu beziehen à M. 2,25 pro 1/2 Literfl. durch die
Apotheken, Drogerien und Feinkostgeschäfte.

Niederlage: Ostwerke A.-G., Berlin N. 4, Chausseestr. 42. Telefon:
Norden 715. Vertreter für den Feinkosthandel: M. Scheweinsky,
Berlin-Wilmersdorf, Babelsberger Str. 48. Telefon: Piazsburg 9442-3.

Kopfschmerz, Nervenschmerzen

„Darmitin“-Pulver
unschädlich in allen Apotheken sofort wirkend

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
JUBILAUMS-VORSTELLUNG

100 MAL DER MIKADO

DER GROSSEN
CHARELL
INSZENIERUNG
MIT
PALLENBERG

RITA GEORG / BENDOW / JANKUHN
SZÖKE SZAKALL / WERKMEISTER
WESTERMEIER
UND 100 MITWIRKENDE

AUSST. PROF. ERNST STERN. DIRIG. DR. RÖMER

SUNSHINE GIRLS JACKSON BOYS

DONNERSTAG DEN 24. NOV.
ANFANG 8 UHR ENDE 11 UHR

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Frasquita
Operette von Lehár
Komponiert von
Johann Strauß u. Franz Lehár
Libretto von Franz Lehár

Trion-Th.
Tägl. 8 1/2 Uhr
Erika Glässer
in
Gretchen
Für Gretchen ist es
Sonntag nachm. 4 U.
Hänsel u. Gretel
u. Kasperle-Theater

Waltraud-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Am Redensheimer
Schloß stiehlt eine Linde
Parkett statt 4 Mk.
tägl. auch Sonntags
nur 60 Pl.
Mittw. nachm. 4 Uhr.
Dornerischen
Parkett v. 30 Pl. an.

Residenz-Theater
Tägl. 8 1/2 Uhr
Sumpf
Sittendrama 1. Akt.
Sonnt. u. 5. 4 Uhr
Schneewittchen
Jedes Kind erhält
ein Geschenk

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr
Zimmer No. 13

Neues Theater
am Zoo
Täglich 8 Uhr
Die Hotelratte
Operette v. Bromme
Libretto von Paul Halmann

Planetarium am Zoo
Vertrag, Jochenstraße 10
No. 1578

**Der Himmel
der Heimat**
Halbe Kassenpreise
Eintritt 0,50 M.
Kinder evtl. 15 Jahre 0,25 M.

Reichshafen-Theater
Abds. 8 U. u. Sonnt. nachm. 3 U.
Stettiner Sänger
Eine Rodzeit in
de Müllerstraße
nachm. halbe Preise,
volles Programm.

Dönhoff-Bratt'li
Täglich: Varieté, Tanz-Kabarett.

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Straße 6.
Täglich 8 U. u. Sonntagschm. 3 U.

Elite-Sänger
Im großen
Novemberprogramm
Volkspreise von 50 Pl. bis 2,50 M.
Sonntagschm. 3 U.
Große Familien-Vorstellung
Volles Progr. Kl. Preise v. 40 Pl. b. 1,75 M.

Theater, Lichtspiele usw.

Mittw. 23. 11. 27 Staats-Oper Am Pl. d. Republik 8 Uhr Fidelio	Mittw. 23. 11. 27 Städtische Oper Bismarckstr. 8. 11. 1. 11. 3 Turandot
Städt. Schauspielh. Am Seemannmarkt Ant. 8 Uhr Die Fledermaus	Städt. Schillerth. Charlottenburg 8 Uhr Wältenstels Tod

Volksbühne
Theater am Mühlplatz, Th. am Schiffbauerdamm

7 1/2 Uhr
Peer Gynt

8 Uhr
**Schieber
des Ruhms**

8 Komische Oper 8
Neuartiges Revue-Stück

Alles Nackt!
(Nach d. gleichn. Paris. Revue
"Tout nu"). 200 Mitwirkende
Original-Pariser Kostüme
Parkett 3,50 Mk.
Theaterkasse ununterbr. geöffnet.

8 UHR SCALA

GROCK
und weitere
8 Internat. Varietéstars

CASINO-THEATER
Lothringenstraße 37

Die Paula vom Metropoli!
Freitag, den 25. November, zum 1. Male!
Klein-Kleckerdorf!
Gutschein: Faut. nur 1,10, Festst. 1,60 M.

8 Uhr
Winter-Garten
Variete
Rauchen gestattet

Piletto der deutsche Raselli
Dayelma-Ballett u. B. Campion
Waldoff-Peukert: Boxkampf

Th. im Admiralspalast
Täglich 9 1/2 Uhr
BALLER-REVUE
"Wann und wo!"

Heute 3 1/2 Uhr:
Märchen-Revue
Aschenbrödel
XI. Preise 1-6 M.
Wiederholungen jeden
Sonnt. u. 11 Uhr

Metropol-Th.
Tägl. 8 1/2 Uhr
Paganini
Operette von Franz Lehár,
Mus. u. libretto von Franz Lehár,
Ludo Kespelhaus,
Lilla Hry, Arthur Hill u. s.

Erschütterung des deutschen Kredits

Die Herabwürdigung der Gemeinden.

Die Amerikaner scheinen durch das Trommelfeuer Schachts würde zu werfen und fangen an, ihr Vertrauen in den deutschen Kredit allmählich zu verlieren. Die letzten Meldungen aus New York lassen vermuten, daß die sinkende Tendenz für die Kurse der deutschen Anleihen sich nach allen Schwankungen endlich durchgesetzt hat. Der 19. November war auf der New-Yorker Börse der Tag der großen Baße für die deutschen Anleihen. Sie haben's geschafft! Herr Schacht und alle die anderen, wie sie heißen mögen, die nichts anderes als eine systematische Kampagne gegen den deutschen Kredit im Ausland, d. h. vor allem in den Vereinigten Staaten geführt haben. Sie haben's geschafft, obwohl das gar nicht leicht, vielmehr sogar sehr schwierig war. Jahrelang wollten diese hartnäckigen Amerikaner mit Recht nicht daran glauben, daß es für sie eine gefährliche Sache sei, deutsche Kommunalanleihen zu kaufen. Sie beharrten in ihrem Glauben an die Kreditwürdigkeit der deutschen Städte und waren bereit, ihnen noch bedeutend mehr Geld zur Verfügung zu stellen, als es unsere Beratungsstelle zuließ. Mit diesem Glauben war nicht anders aufzuräumen, als durch Zerstörung des Vertrauens in die deutsche Kreditwürdigkeit überhaupt. Das ist es, was nicht oft und laut genug wiederholt werden kann:

durch die Herabwürdigung der öffentlichen Wirtschaft geht der deutsche Kredit im Ausland zugrunde.

Gewiß haben die amerikanischen kapitalistischen Kreise nicht mehr Sympathien für die öffentliche Wirtschaft als ihre deutschen Kollegen und als Herr Schacht. Es war aber falsch und sinnlos, zu glauben, daß man vor dem Auslande die deutsche öffentliche Wirtschaft schwarz in schwarz malen könne, ohne dadurch den deutschen Kredit überhaupt zu gefährden. Man durfte nicht vergessen, daß die Kommunalanleihen in Amerika als die sichersten von allen Anleihen galten, und daß diese Auffassung natürlicherweise auch auf die ausländischen und namentlich die deutschen Anleihen übertragen wurde und übertragen werden mußte, bis ein Beweis des Gegenteils erbracht war. Was kann man mit dem Geschrei von einer angeblichen übermäßigen Verschuldung der deutschen Städte erreichen, wenn jeder interessierte Amerikaner Angaben zur Verfügung hat, die ihm beweisen, daß

vom amerikanischen Standpunkt die Verschuldung der deutschen Städte minimal

ist. Wenn aber sogar diese minimale Verschuldung so bedenklich ist, daß sie den Herrn Reichsbankpräsidenten zu härtesten Ausfällen gegen die Verschuldung in den Kommunalanleihen und über die Gefahren von dieser Seite für die Übertragung der Reparationszahlungen und Zinsen veranlaßt hat, so muß es um die deutsche Wirtschaft schlecht bestellt sein.

Wie gesagt, es war gar nicht leicht, das amerikanische Vertrauen in die Kreditwürdigkeit der deutschen Städte zu erschüttern. Am ersten Börsentage nach der Veröffentlichung des Briefwechsels Parker Gilbert-Röhler, als mehrere deutsche Anleihen und darunter selbst die Dawes-Anleihe Kursrückgängen auf der New-Yorker Börse erlitten und nur wenige ihren Kursstand beibehielten, hat als einzige Ausnahme die 6 1/2-prozentige Berliner Anleihe nach einigen Schwankungen im Laufe des Tages einen halben Punkt gewonnen. Zum Börsenschluß war der Kursstand der Berliner Anleihe an diesem 7. November 98 Proz., seitdem ist sie bis 97 Proz. gesunken, was eine nicht unbeträchtliche Abschwächung im Vergleich mit dem Kursstand von 100 noch Anfang Oktober bedeutet. Die Berliner Anleihe war aber schon im Laufe des Oktobers bis 97 gesunken und sie hat ihren Tiefpunkt während der Baße vom Juni (96 7/8) selbst heute noch nicht erreicht. In jedem Falle muß festgestellt werden, daß während der gegenwärtigen Vertrauenskrise, die für die deutschen Anleihen ausgebrochen ist, bis zum 7. November die deutschen Kommunalanleihen in Amerika keineswegs schlechter, sondern eher besser bewertet wurden als die privaten.

Berliner Anleihen besser als Vöglers-Anleihen.

Wichtig ist dafür der Vergleich der Berliner Stadtanleihe mit der Anleihe der Vereinigten Stahlwerke. Wie die 6 1/2-prozentige Berliner, so hat auch die 6 1/2-prozentige Anleihe der Vestag am 7. November eine gewisse steigende Tendenz aufgewiesen, sie befand sich aber damals in einem Erholungsprozess nach sehr beträchtlichen Kursrückgängen. Folgende Zusammenstellung zeigt, daß ihre Kursentwicklung viel weniger günstig ist, als die der Berliner Anleihe:

	6 1/2 Proz. Berliner Stahlwerke	6 1/2 Proz. Berlin
Höchster Kursstand 1927	105 3/4 (14. Juni)	100 1/2 (2. Febr.)
Anfang Oktober	99 1/2 (6. Okt.)	100 (3. Okt.)
Ende Oktober	93 (27.—31. Okt.)	97 (25.—31. Okt.)
5. November	95	97 1/2
7. November	94 1/2—95 1/2	97 1/2—98
18. November	94 1/2	97 1/2
19. November	93	97

Wenn wir trotzdem sehen, daß nach dem 7. November die sinkende Tendenz bei den Kommunalanleihen stärker in Erscheinung tritt, als bei den privaten, so dürfen wir feststellen, daß die deutschen Kommunalanleihen jetzt in Amerika disqualifiziert sind; das geschah aber nicht eher, als bis das Vertrauen in alle deutschen Anleihen gründlich unterwühlt war. Und dies war die verantwortliche Politik des Herrn Reichsbankpräsidenten!

Die Popularität der Kommunalanleihen in Amerika.

Wir müssen aber zu dem durchaus nicht selbstverständlichen Umstand zurückkehren, daß dieser ganze Kampf gegen den deutschen Kredit so lange ohne praktische Wirkung blieb und doch insbesondere das Vertrauen in die deutschen Kommunalanleihen eine solche erstaunliche Widerstandsfähigkeit bewiesen hat. Hier haben wir es mit Dingen zu tun, die zu gewissen Hoffnungen berechtigen, daß die verhängnisvollen Folgen der Schächtischen Propaganda noch gut zu machen sein könnten. Wie gesagt, gelten die Kommunalanleihen in Amerika als die sichersten. Die durchschnittliche Realverzinsung (Rendite) der verschiedenen Gruppen von amerikanischen Anleihen war im ersten Quartal 1927 folgende:

Staats- und Gemeindeanleihen	4,4 Prozent
Eisenbahnen	5
Public Utilities (gemeinnützige Unternehmungen)	5,7
Banken und Hypothekengesellschaften	6,1
Sonstige private Gesellschaften	6

Dieses Verhältnis darf für Amerika als typisch gelten. Ein vorsichtiger Sparer, der die Sicherheit seines Geldes höheren Zinsen vorzieht, legt sein Geld sehr gern in einer vierprozentigen städtischen Anleihe an. Die städtischen Anleihen sind gesichert sowohl durch das städtische Eigentum, wie auch und vor allem durch ihre ständigen Einnahmequellen, wobei das Verhältnis der Verschuldung zur Gesamtsumme dieser Einnahmequellen verhältnismäßig leicht zu übersehen ist. Man kann sagen, daß es in Amerika gewisse Vorstellungen über die „normale“ oder „zulässige“ städtische Verschuldung gibt, wobei die Höchstgrenze solcher Verschuldung in vielen Fällen festgelegt ist.

Die Verschuldung von Berlin und New York.

Nach dem „Statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin“ hat Berlin am 1. April 1927 insgesamt, d. h. die Ablösungsschuld für die anwerteten Anleihen mitgerechnet, 417 Millionen Mark Schulden gehabt. Seitdem wurde noch eine Londoner Anleihe in Höhe von 3,5 Millionen Pfund aufgenommen, so daß die jetzige Verschuldung Berlins auf rund 490 Millionen Mark oder rund 120 M. pro Kopf der Bevölkerung angenommen werden darf.

Die Verschuldung der Stadt New York betrug am 31. Dezember 1925 rund 900 M. pro Kopf der Bevölkerung, legt hat sie 1000 M. erreicht oder vielleicht schon überschritten. Wir benutzen dabei für New York die Statistik der „hundertsten Schuld“, die noch nicht alle Formen der Verschuldung umfaßt. Wir werden hier nicht versuchen, die gesamte Verschuldung von New York genau abzuklären; wir glauben aber, daß die tatsächliche Verschuldung New Yorks pro Kopf der Bevölkerung nicht weniger als zehnmal so groß ist als die Berlins.

Dabei ist die verschiedene Höhe der Verzinsung zu berücksichtigen: die New-Yorker Schulden sind mit 3 bis 4 1/2 Proz., die Berliner mit 5 bis 7 Proz. verzinst. Deshalb empfiehlt es sich, nicht die hundertsten Schulden, sondern den jährlichen Schuldendienst zu vergleichen. Vor einiger Zeit war in einem Berliner Blatt eine besorgte Kritik zu lesen über „Berlins wachsende Schuldenlast“. Dort hieß es: „Einschließlich der Tilgungsraten hat Berlin 1927 insgesamt 28 Millionen Mark, 1928 bereits 40 Millionen Mark, 1929 sogar 46 Millionen Mark aufzubringen.“ Im New-Yorker Haushalt für 1928 ist der Schuldendienst mit 150 Millionen Dollar vorgezogen. Also:

den 40 Mill. Mark in Berlin stehen in New York rund 630 Mill. Mark als Schuldendienst gegenüber.

Kann es da Wunder nehmen, wenn die Amerikaner nur schwer begreifen können, wenn man ihnen sagt, daß die deutschen Städte „überschuldet“ sind? Sie würden es besser verstehen, wenn man ihnen sagte, daß die deutschen Städte noch so gut wie keine Schulden haben. Wir wollen weder die Finanzwirtschaft aller deutschen Städte für einwandfrei erklären noch die Finanzwirtschaft der amerikanischen als ein in jeder Hinsicht musterhaftes Vorbild hinstellen. Zweierlei läßt sich aber feststellen. Erstens: wie groß die Verschuldung Berlins ist, und zweitens: wie groß die Verschuldung New Yorks sein mag, es geht auch für New York nicht ohne neue Anleihen für die städtischen Unternehmungen; deshalb wurde am 3. November für New York eine neue Anleihe in Höhe von 300 Millionen Dollar durch Volksentscheid beschlossen. Es ist nur natürlich, wenn die Amerikaner diese Beobachtung auch auf Deutschland übertragen und keine Bedenken gegen die produktiven Anleihen der deutschen Städte haben. Zweitens: mag die Finanzwirtschaft verschiedener deutscher Städte manche, vielleicht sehr ernste Fehler haben, was wir zunächst gar nicht in Abrede stellen wollen,

ihre Verschuldung ist vorläufig minimal, und es ist völlig unmöglich, das Gegenteil zu beweisen.

Es ist also vollkommen klar, daß man den Kredit der deutschen kommunalen Wirtschaft nicht anders zerschlagen konnte, als daß man den deutschen Kredit überhaupt zerschlug.

Wenn nicht die absolute Höhe der Verschuldung bedenklich ist, sondern die Tatsache, daß sich darunter auch Auslandsanleihen befinden, nicht die Überverschuldung der Städte, sondern die viel zu starke ausländische Verschuldung Deutschlands, dann sind alle Auslandsanleihen bedenklich, dann darf man keinen Unterschied in dieser Beziehung zwischen privaten und kommunalen Anleihen zugunsten der privaten machen, dann ist die gesamte deutsche Wirtschaft vom Standpunkt des Auslandes nicht kreditwürdig.

Dieser Gedankengang war, wie wir hoffentlich gezeigt haben, völlig unvermeidlich, und damit waren die Folgen der frivolsten Hege gegen die öffentliche Wirtschaft vorgezeichnet. Wenn jetzt von allen Seiten über die Erschütterung des deutschen Kredits geredet wird und diese Erschütterung in der Kursentwicklung der deutschen Anleihen in New York und in London ihren krassen Ausdruck findet, dann braucht man wahrhaftig nicht boshafte Intriguen „gewisser Pariser Kreise“ mehr dahinter zu suchen, wie es die Korrespondenten einiger deutscher Blätter tun. Die schlimmsten Feinde des deutschen Kredits stehen im eigenen Lande!

Handelsbilanz und Oktoberkonjunktur.

Steigende Ausfuhr — noch stärker steigende Einfuhr.

Die Bilanz des deutschen Außenhandels im Monat Oktober piegelt ganz die starke Konjunktur wider, die im deutschen Inland in dieser Zeit geherrscht hat.

Warengruppen	Einfuhr (in Mill. M.)			Ausfuhr (in Mill. M.)		
	Okt. 1927	Sept. 1927	Januar-Okt. 27	Okt. 1927	Sept. 1927	Januar-Okt. 27
Lebende Tiere	17,7	16,7	146,8	1,3	1,1	8,5
Lebensmittel und Getränke	379,2	380,6	3389,7	48,4	42,1	300,0
Rohstoffe u. halbfert. Waren	594,5	567,9	5838,8	192,9	195,5	1861,0
Fertige Waren	253,3	229,7	2020,9	718,3	681,3	6157,9
Keiner Warenartete	1244,7	1174,9	11595,2	960,9	933,0	8357,4
Mond mit Silber	10,4	9,6	216,4	2,3	3,0	15,0
Zusammen	1255,1	1184,5	11812,1	968,2	936,0	8373,4

Die Einfuhr von Waren ist gegenüber dem Monat September um 70 Millionen gestiegen, wobei Rohstoffe und halbfertige Waren um 27 und Fertigwaren um 24 Millionen mehr eingeführt wurden. Lebensmittel und Getränke wurden nur für 19 Mill. mehr eingeführt. Die Ausfuhr ist aber gleichfalls gestiegen, wenn auch nicht in demselben Umfang. Sie beträgt insgesamt 28 Millionen Mark mehr als im Monat September, wobei auf Lebensmittel 6 Millionen und auf Fertigwaren 25 Millionen entfallen, während die Rohstoffausfuhr etwas zurückgegangen ist. Die Gesamtentwicklung hat nach den bisherigen Rückgängen diesmal zu einer Steigerung des Einfuhrüberschusses von 242 auf 284 Millionen Mark geführt.

Die Mehreinfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren ist besonders charakterisiert durch die Steigerung der Textilrohstoff-einfuhr um 33,2 Millionen Mark, woran Baumwolle mit 30,9 Millionen Mark beteiligt ist. Ebenso wurden Textilfertigwaren um 8 Millionen, Holzwerkerzeugnisse um 2,6, Maschinen um 2,5 Millionen mehr eingeführt. Die Fertigwarenausfuhr zeigt im Oktober mit 718 Millionen Mark und einer Steigerung von 25 Millionen einen neuen Rekord. Dabei wurde die Textilfertigwarenausfuhr (um 6,9 Millionen) am stärksten vermehrt.

Für die Konjunkturbeurteilung bedeutet das: für eine verstärkte Fortdauer der Inlandskonjunktur sprechen die vermehrte Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren, die gesteigerte Einfuhr von Fertigwaren, im Zusammenhang damit die noch etwas stärker gestiegene Ausfuhr von Fertigwaren und der Rückgang der Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren. Wenn trotz des starken Inlandgeschäftes die Fertigwarenausfuhr weiter erhöht werden konnte, so spricht das unter Umständen für eine gesteigerte Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, die keineswegs durch gewalttätige Unterbietung in den Preisen herbeigeführt sein muß.

Das kalte Wetter verstärkt die Lage auf dem Arbeitsmarkt, was sich deutlich aus den Berichten für die zweite Novemberwoche ergibt. Sehr viele Außenarbeiten wurden eingestellt. Frost und teilweiser Schneefall haben das Abgleiten der Beschäftigten zur Gefährdung gefördert. Das Baugeschäft ist insbesondere durch die Entlassung von Schmiedern, Schlossern und Klumpnern weiter ausgemittelt. Auch Ziegeleien und Steinbrüche melden Entlassungen.

**Fleisch von Ochsen, Kalb, Hammel, Schwein
Kauf beim Fleischermeister ein!**

**WERBEWOCHE
DES GROSS-BERLINER
LADENFLEISCHER-GEWERBES**

Werbewoche des Groß Berliner Ladenfleischer-Gewerbes vom 21.—26. November 1927

Noch ist es nicht zu spät, daß man zu dem Fleischer geht!
Um beim großen Rätselraten sich zu holen seinen Braten!

Die nebenstehenden Tiere

können auch Ihnen große Freude bringen, denn sie werden verschenkt!

Sie brauchen sich nur am großen Preisausschreiben des Berliner Ladenfleischer-Gewerbes zu beteiligen

Verlangen Sie noch heute von Ihrem Fleischermeister unser Heft „Werbewoche“

Ein lohnendes Preisrätsel!

Reichsamt und öffentliche Wirtschaft.

Doktrine oder Nachlässigkeit?

Die gestern bereits erwähnte Statistik über die Gestaltung des Zulufbedarfs der öffentlichen Verwaltung 1913 und 1925 ist mit einer methodischen Vorbemerkung versehen, die den Begriff „Zulufbedarf“ umgrenzen soll. Danach werden alle Zulufbedarfs alle diejenigen Ausgaben der öffentlichen Hand bezeichnet, die nicht durch Gegenleistungen der Nutznießer ihrer Tätigkeit, sondern durch Steuern, Zölle, Betriebsüberschüsse und Vermögenserträge gedeckt werden. Nach dieser Definition fährt das Amt wörtlich fort:

„Dies Kriterium trifft ohne weiteres bei den Steuern und Zöllen zu, ferner in gleicher Weise bei den Reinüberschüssen der erwerbswirtschaftlichen Unternehmungen, die monopolistischen Charakter tragen (z. B. Post und andere Verkehrsanstalten, Versorgungsbetriebe der Gemeinden), da deren Tarifgebühren, soweit sie über die eigentliche Unternehmungskosten hinausgehen, einer Besteuerung gleichzusetzen ist. Mittelbar gilt es aber auch von den Erträgen der sonstigen staatlichen oder kommunalen Erwerbsunternehmungen sowie des in öffentlicher Hand befindlichen Vermögensbesitzes. Diese bedeuten eine Einschränkung der privatwirtschaftlichen Betätigungs- und Gewinnmöglichkeiten, was einer Belastung der Allgemeinheit — und zwar ebenfalls ohne Gegenleistung — gleichkommt.“

Das Statistische Reichsamt bekennt sich damit also erstens zu der Auffassung, daß im Unterschied zur Privatwirtschaft die öffentliche Wirtschaft nicht einmal ein Recht auf angemessene Verzinsung ihres Anlagekapitals hat; denn offenbar gehört sie nicht zur „eigentlichen Unterkostenbedeckung“. Was in der Privatwirtschaft selbstverständlich ist, wird nach dieser „statistischen“ Auffassung bei der öffentlichen Hand zur „Besteuerung“, eine sehr theoretische Auffassung, über die das Amt der Öffentlichkeit die nähere Begründung schuldig geblieben ist. Wir hoffen, daß es in dieser Hinsicht sein Verbalnis noch nachholen wird.

Zweitens aber entwickelt das Statistische Reichsamt eine neue und bemerkenswerte Theorie von der Bedeutung wirtschaftlicher Unternehmungen der öffentlichen Hand. Wenn ein Kapitalist ein Unternehmen betreibt, so betreibt er es seiner Meinung nach offensichtlich zugunsten der Allgemeinheit; betreibt eine öffentliche Körperschaft dasselbe Unternehmen, so tut sie es nach der Auffassung des Statistischen Reichsamts zu Lasten der Allgemeinheit. Dem kapitalistischen Unternehmen werden keine Steuern und kein Gewinn von seinen Kunden bezahlt; dafür leistet er ihnen die Dienste, die sie von ihm verlangen. Tut dasselbe eine öffentliche Körperschaft, so fehlt nach Auffassung des Statistischen Reichsamts ihre Gegenleistung, mag sie auch inhaltlich genau mit der des privaten Unternehmers übereinstimmen.

Wir müssen bekennen, daß wir nicht verstehen, wie das Statistische Amt zu seiner neuen Theorie gekommen ist. Sie ist unsinnig und tendenziös. Im Verein mit der vorigen Auffassung von den Nebenschüssen der öffentlichen Monopolbetriebe führt diese Theorie zwangsläufig zu dem Schluß, daß der Bearbeiter dieses methodischen Wortes von einem sachlich unbegründeten Vorurteil gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand ausgegangen ist. Wir bedauern das um so mehr, als wir zu der Auffassung Grund zu haben glaubten, daß sowohl die Beamten als auch der Präsident des Statistischen Reichsamts von einer einseitigen und politisch verwerfenden Stellungnahme in Uebereinstimmung mit den unabhängigen Aufgaben und Zielen des Amtes sich zurückhalten werden.

Neue Gelder für Rentenversicherungen. Der Entwurf zur Schaffung einer Landesrentenkasse in Preußen liegt dem Gesetzgebenden Körperschaften zur Erörterung vor. In der Zwischenzeit ist die Gründung von Rentenversicherungen durch staatliche Vorstöße bewirkt worden. Die durch Gesetz vom 30. Oktober 1926 gewährten 40 Millionen Zwischenkredite sind nahezu erschöpft. Jetzt hat das preussische Staatsministerium den preussischen Staatsrat den Entwurf eines Gesetzes zur Begleichung vorgelegt, nach dem der preussische Staatsbank zur Gewährung von weiteren 20 Millionen Mark bei der Errichtung von Rentenversicherungen neue 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Nach der Annahme des Landesrentenkassengesetzes soll ein Teil sämtlicher bis dahin gewährten Zwischenkredite in Dauerkredite umwandelt werden.

Der Chemietrust in der Metallwirtschaft. Die IG-Farbenindustrie hat durch Übernahme der Aluminium- und Magnesiumfabrik Hemelingen ihren Interessenten in der Metallwirtschaft vergrößert. Bisher ist in der Öffentlichkeit wenig von dem Einfluß des Chemietrusts auf die deutsche Metallwirtschaft gesprochen worden. Die Farbenindustrie ist in Gemeinschaft mit der Metallbank in Frankfurt a. M. an der Aluminiumhütte in Bitterfeld beteiligt, die neben den Davis-Verken an der Spitze der deutschen Aluminiumerzeugung steht. Außerdem besitzt aber der Chemietrust bedeutende Anteile der Elektron-Metall-Gesellschaft m. b. H. in Rammstadt.

Die Reparationslieferungen im Oktober. Frankreich hat im Monat Oktober 179 Verträge über zusammen 13,6 Millionen Mark Sachlieferungen genehmigt, womit seit Inkrafttreten des Dawes-Planes bis zum 31. Oktober 1927 (außer Kohle und Farbstoffe) für insgesamt 686,4 Millionen Mark Sachlieferungen zur Durchführung gekommen sind. Für Belgien wurden im Oktober 132 Verträge über 4,5 Millionen (ebenfalls ohne Kohle und Farbstoffe) genehmigt; insgesamt hat Belgien seit Inkrafttreten des Dawes-Planes Verträge über 121,3 Millionen abgeschlossen. Unter den belgischen Verträgen sind auch solche über 1250 Nähmaschinen und — Münchener Bier!

Am 1. Oktober liefen noch für 255 Millionen Mark russische Aufträge in Deutschland. Das Deutsche Reich und die deutschen Länder haben im Jahre 1926 bekanntlich eine Gesamtgarantie für 260 Millionen russische Aufträge übernommen. Vielfach ist der Irrtum verbreitet, daß diese Aufträge schon abgearbeitet seien. Jetzt wird gemeldet, daß am 1. Oktober 1927 noch für 255 Millionen von diesen Aufträgen in Arbeit waren, so daß man daraus entnehmen kann, wie stark auch diese Aufträge zur Beschäftigung der deutschen Industrie im Jahre 1927 beigetragen haben und noch beitragen.

In der Klavierindustrie geht es aufwärts. Der Verband deutscher Pianofabrikanten veröffentlicht eine Verkaufsstatistik, wonach von Januar bis September d. J. in Deutschland 32.008 Pianinos und 3635 Klavier verkauft wurden. Im ganzen Jahre 1926 wurden 40.682 Pianinos und 3978 Klavier verkauft. Da die Hauptgeschäftsjahre der Klavierindustrie die Weihnachtsmonate sind, wird für 1927 mit einem Gesamtabsatz von 47.000 Instrumenten in Deutschland gerechnet. Das ist eine überraschend günstige Entwicklung, nachdem gerade in der Klavierindustrie noch vor einem Jahre recht schwierige Verhältnisse vorlagen.

Wieder Reichstag.

Sozialdemokratie für das deutsch-französische Handelsabkommen.

Der Reichstag begann gestern um 15 Uhr seine neue Sitzungsperiode. Vor Eintritt in die Tagesordnung versucht der Abg. Stöhr (National.) seinen Widerspruch gegen die sofortige Ratifizierung des 3. Beschlusses des Abkommens mit Frankreich über die Regelung der sozialpolitischen Verhältnisse im Saar-gebiet in der letzten Reichstagsitzung vor der Vertagung, durch die die dortige arbeitende Bevölkerung schwer geschädigt wurde, durch eine längere Erklärung zu rechtfertigen. Der Schaden ist dadurch abgemindert worden, daß die Regierung mit Zustimmung des Reichstags inzwischen die Angelegenheit auf dem Verordnungswege geregelt hat.

Ein kommunistischer Antrag, die Krisenfürsorge auf die Tagesordnung zu setzen, um deren Abbau zu verhindern, wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Eine Novelle zum Hypothekengesetz sowie ein Gesetzentwurf über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten werden dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Zwei Abkommen mit der Tschechoslowakei über den Bau und Betrieb einer Eisenbahn durch das Schweißtal und zur Regelung der Grenzverhältnisse an der im Vertrag von Versailles beschriebenen Staatsgrenze werden ebenfalls verabschiedet, eine größere Anzahl von Petitionen nach den Beschlüssen der Ausschüsse für erledigt erklärt. — Als letzter Punkt der Tagesordnung folgt die Beratung des

Handelsabkommens zwischen Deutschland und Frankreich.

Abg. Hörnele (Komm.) wendet sich gegen den Vertrag, weil er nur die Interessen der Bourgeoisie der beiden Länder berücksichtige. Die deutsche Arbeiterklasse werde durch Abmachungen dieser Art nur geschädigt.

Abg. Wissell (Soz.):

Ziel dieses Vertrages ist es, der arbeitenden Bevölkerung bessere Beschäftigung zu verschaffen. Er sei zur agitatorischen Ausnutzung wenig geeignet. Die Ablehnung dieses Abkommens würde nur die Arbeiterklasse schädigen. Die neuen vertraglichen Ermäßigungen der Zollsätze gehen allerdings nicht so weit, daß man davon eine größere Belebung der deutschen Warenexporte erwarten kann. Die große Zahl der außerordentlich überhöhten Zollsätze bereitet dem Warenaustausch schwere Hindernisse. Es ist also irreführend, wenn behauptet wird, daß durch das deutsch-französische Abkommen das deutsche Zollniveau erheblich gesenkt worden sei. Von einer „Opferung“ bestimmter Industriezweige kann überhaupt keine Rede sein. Für den überwiegenden Teil der davon betroffenen Waren sind die Ermäßigungen der Zollsätze ganz unerheblich, selbst wo sie größer sind, bewegen sie sich immer noch sehr wesentlich über dem Vorkriegsniveau.

Die Sozialdemokratie erwartet, daß in den noch ausstehenden Handelsverträgen die Zollsätze beträchtlich herabgesetzt werden. (Sehr richtig bei den Soz.)

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat vor einem halben Jahre die Herabsetzung der Zollsätze angekündigt. Gestern erst haben die Beratungen des Sachverständigenausschusses über diese Frage begonnen. Wenn das in dem gleichen Tempo weitergeht, dann werden wir auf eine Revision des Zolltarifs noch länger warten müssen. Erreulich ist, daß durch dieses Abkommen auch der neue französische Zolltarif festgelegt worden ist, und nicht mehr heraufgehoben werden kann. Das liegt durchaus im Interesse des internationalen Warenaustauschs. Der Vertrag entspricht noch nicht unseren Wünschen, aber trotzdem glauben wir, daß er nicht nur eine Besserung der wirtschaftlichen sondern auch der politischen Beziehungen zu Frankreich bringen wird. Der Redner fragt die Regierung, wie weit es mit der endgültigen Regelung der Frage der 26 Prozent Reparatursabgabe stehe. Ferner wünscht der Redner zu wissen, wann die Verhandlungen über die zollpolitischen Verhältnisse im Saarbeden weitergeführt werden.

Zum Schluß erklärt Wissell, daß die Sozialdemokratie gerade im Interesse der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands für dieses Abkommen eintreten werde. Hier sei ein Vorstoß unternommen, um den Abfall deutscher Waren nach Frankreich zu heben und daher müsse der Handelsvertrag angenommen werden. (Leb. Beifall bei den Soz.)

Abg. v. Richthofen (Dem.) steht in dem Abschluß des Abkommens einen erheblichen Fortschritt. Im Interesse des deutschen Weinhandels müsse aber ein anderes Verfahren bei der Verzollung der Weine in den Zollagern verlangt werden. Zu begrüßen sei die Einführung des Schiedsverfahrens bei Meinungsverschiedenheiten aus dem Abkommen.

Ministerialdirektor Hoff vom Reichswirtschaftsministerium erklärt zu der Anfrage des Abg. Wissell, daß die im Oktober begonnenen Verhandlungen mit der französischen Regierung über den Warenaustausch mit dem Saargebiet in den letzten Tagen wieder aufgenommen worden seien. Zu der Frage der allgemeinen Zollsenkung werde sich die Regierung bei der Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation äußern.

Am Schluß der Aussprache stellt Abg. Wissell (Soz.) fest, daß dieser Vertrag sich in nichts von dem Gemüseabkommen mit Frankreich unterscheide, gegen das die Deutschnationalen früher gestimmt hätten. Wenn also die Deutschnationalen jetzt für den Vertrag mit Frankreich stimmen, so bestätigen sie, daß ihre frühere Haltung falsch und die der Sozialdemokratie richtig war.

Um 17 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch, den 23. November, 16 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des deutsch-französischen Handelsabkommens. Die erste Beratung des Handels- und Schiffahrtsvertrags mit Südslawien und die erste Beratung eines Auslieferungsgesetzes.

Aus der Partei.

Die Kampffront gegen den Faschismus.

K. L. Paris, Mitte November.

Vor wenigen Wochen selekte man in Rom den fünfjährigen Todesstag der italienischen Freiheit. Aber das Banner der Freiheit läßt sich nicht in Scherben schlagen, und so hat die Pariser „Concentratione Antifascista“, die im März dieses Jahres geschaffen wurde, die besten Erfolge aufzuweisen.

Die „Antifascistische Konzentration“ umfaßt folgende Parteien: „Il Partito Socialista Italiano“ (Generalsekretär: Ugo Coccia), 30, Rue Labat zu Paris, „Il Partito Socialista del Lavoro Italiano“, 65, Rue de Charonne zu Paris (Generalsekretär: der Abgeordnete Rodigliani; Presseorgan in Paris: „Avanti“ und „Il Partito Repubblicano Italiano“, 50, Rue Labat (unter Mario Bergamo). Dazu kommen die italienischen Gewerkschaften: „Confederazione Generale del Lavoro“, die ihren Sitz im Bureau des französischen Gewerkschaftsbundes haben; 211, Rue Lafayette. Die italienischen Gewerkschaften sind natürlich der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen. Ihr Vorsitzender ist Bruno Buozzi, ihr Presseorgan „Operario Italiano“. Neben diesen Organisationen steht die „Lega Italiana Diritti dell' Uomo“ („Italienische Liga für Menschenrechte“) unter der Leitung von Luigi Campolongo, der die italienische Seite der in Rizza erschienenen französischen Linkszeitung „La France de Rizza“ herausgibt.

Außer den genannten Zeitungen erscheinen in Paris noch die folgenden antifascistischen Blätter: „Italia del Popolo“, „Bollettino del Partito Socialista del Lavoro Italiano“ und das ausgezeichnete Mißblatt „Il Becco Gallo“ („Der Gelbkehl“) — das ist der Schnabel Italiens, vor dessen Mund Mussolini ein Schloß gehängt hat), das herausgegeben wird von Alberto Cianca, dem früheren Direktor des römischen „Mondo“.

Seit die „Konzentration“ gegründet wurde, konnte sie darauf rechnen, daß die antifascistischen Elemente an sich zu reihen, die in anderen Ländern bisher vereinzelt waren oder nur unbedeutenden Gruppen angehörten. So steht Mussolini heute vor der Tatsache einer sehr starken antifascistischen Menschen- und Pressemacht: „Il Nuovo Mondo“ in New York, „La Parola del Popolo“ in Chicago, „Italia del Popolo“ in Buenos Aires (Buenos Aires hat bereits ein Rattentott-Denkmal), „La Difesa“ in Sao Paulo, „L'Avvenire del Lavoratore“ in Zürich, „Libera Stampa“ in Lugano und die „Pagina Italiana“ in Rizza, bilden jetzt eine internationale antifascistische Front, zu welcher die im März dieses Jahres in Paris geschaffene Gruppe Kampffront unter Führung des ehemaligen Chefredakteurs des „Avanti“ Pietro Renni nur erst die Vorstufe war.

Das offizielle Organ der „Antifascistischen Konzentration“, die Pariser „Libertà“, veröffentlicht eben eine Bilanz der bisherigen Tätigkeit. Ihre eigene Auflage hat sich seit März verdoppelt (von 15.000 auf 30.000 Exemplare). Zahlreiche Nummern der Zeitschrift vermachten in der kleinen Ausgabe nach Italien zu kommen, unzählige politische Briefe und Zirkulare konnten ins Land Russolinis geschickt werden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Scholtzstr. 22, Tel. 2 12.
Donnerstag, 24. November. Vortragsabend: Kameradschaft Süd Kameradschaftsversammlung bei Rev. Dr. Köhler, Köhlerstr. 27.
Freitag, 25. November. Vortragsabend: Die für Freitag angelegte Funktionärskonferenz fällt aus. Schönbach-Brickhaus: 10 Uhr Funktionsversammlung des gesamten Ortsvereins bei Grundt, Weininger Str. 2, Reiterstr. Kamerad Müller.
Samstag, 26. November. Vortragsabend: 10 Uhr im Volkshaus Bierabend. Nur für Mitglieder und geladene Gäste.

Band entschlossener Schülerform. Geschäftsstelle: B. Horn, D. 24, Postfachstr. 17, 2. Stg., D. 17, Fehrbellener, 9. Öffentliche Kundgebungen gegen den Reichstagsbeschluss zum Inkrafttreten des ehemaligen Reparationsvertrags. Freitag, 24. November, 18 Uhr, Reiner, Gärten, Berlin, Clara Lehmann, W. H. H., Walter Hans Frank, Hermann Witzner, H. H. H., Ortsvorsitzender Jenschke, Beginn von Berlin, Hermann Köllig, Prof. Paul Dietrich, Hans Wühl, R. H. H., Ernst Scheller, H. H. H., R. Schred, R. H. H. Unternehmungsbeitrag am Samstagsabend.

Einheitsfrontverein. Geschäftsstelle: Berlin, Unter den Eichen, 14. November, 10 Uhr, in der Berliner Straße, 11. Ufer, Eduard Panitzsch, 2. Et., Zimmer 44. Vortrag: „Eine Reise nach dem sozialistischen Westen“.

Einheitsfrontverein für Einheitsfrontpolitik. Vorträge jeden Donnerstag von 8-10 Uhr. Anstandslos in die Vorträge, Märkte, 16-17.

Einheitsfrontverein. Geschäftsstelle: Berlin, Freitag, 24. November, 10 Uhr, Rantierstr. Berlin, Luchterhand Markt, Unter den Eichen, 14. Ufer, 11.

Einheitsfrontverein der Lebensgemeinschaften. Geschäftsstelle: in der Wilmersdorfer Straße am 24. November, 19 Uhr, Berlin zür und jetzt. Scherz und Ernst, Vorträge und Bilder. Der Ueberblick findet zur Anschaffung eines eigenen Bildwerkes Gelegenheit.

Einheitsfrontverein. Geschäftsstelle: Berlin, Donnerstag, 24. November, 19 Uhr, Kallische Wappenhof, Köhlerstr. 26 (am Anhalter Bahnhof), Vortrag Peter Petzold, „Menschliche Rassen“, Georg Tischow.“

Briefkasten der Redaktion.

Kunststoffe. 1. Der Vorlesende dürfte behaupten sein, daß die Beschäftigung der Arbeiter in der Kunststoffindustrie zu der die Einzahlung der Gelder auf einen Bank unterlassen hat. Daselbst gilt vom Geschäftsführer, denn er die gleiche Pflicht hat. 2. Die Erben des verstorbenen Hoffmann hatten in jedem Falle 3. Die Hoffmann sind nur dann verantwortlich, wenn sie ein Verstoß trifft. Ob das der Fall ist, läßt sich nur auf Grund einer eingehenden Prüfung des Sachverhalts sagen. Da uns dieser in seinen Einzelheiten nicht bekannt ist, so können wir nicht beurteilen, ob eine Klage gegen die Hoffmanns Erfolg haben wird. — R. G. M. In 4 Jahren. — H. I. 61. Ein kann die Zahlung ablehnen. Der Darsteller kann sich aber an das Mietungsamt wenden und die Befreiung des Mietzins verlangen. — G. R. 1. Vom 1. April 1927 ab. 2. Rein. Der höhere Betrag können Sie erst zum Tage des Empfangs der Zahlungsaufforderung ab verlangen. — G. R. 4. Postler können wir leider nicht näher mitteilen. Ihr Schmeißer kann sich selbstverständlich auch an Versicherungsanstalten wenden. — H. G. 71. 1. Die Anwaltskanzlei beginnt mit dem ersten Tage des Monats, in dem das 66. Lebensjahr vollendet ist. 2. und 4. Der Antrag auf Gewährung der Invalidenrente ist an das Versicherungsamt (Richterstr. 65-67) oder an die Versicherungsanstalt (am Rikstrassen Platz 3) zu richten und kann schriftlich oder mündlich gestellt werden. Formblätter sind an alle Reichsämter und Behörden: Auftragsabfertigungen, letzte Zustellungsstelle, Geburtsurkunde.

Beitragbericht der öffentlichen Wohlfahrtsvereine Berlin und Umgebung (Kasse, verb.) Weiterhin trübe mit Schneefällen, Temperaturverlauf wenig verändert. Frühe Winde aus südlicher Richtung. — Für Deutschland: Am mittleren Teil Schneefälle, im höheren Teile keine erheblichen Niederschläge, überall wenig Temperaturänderung.



Der Lotteriegewinn.

Von R. Mabye.

Als Fräulein von Bergen in ihrem Schaukelstuhl saß, hörte sie, daß die Zeitung durch den Türspalt hineingeworfen wurde. Langsam ging sie in den Korridor und blühte sich ebenso langsam nach der Zeitung, denn Fräulein von Bergen vergaß nie, daß sie die Tochter eines Oberhauptmanns war, und wenn man das ist, beeilt man sich nicht, hastet nicht, sondern geht langsam, tritt sicher und bestimmt auf und trägt den Kopf etwas höher als andere Leute.

Als sie mit der Zeitung in der Hand wieder ihre Wohnstube betrat, setzte sie sich wieder bequem in ihren Schaukelstuhl zurück. Langsam blätterte sie in der Zeitung, vertiefte sich in einige „Diebstähle“ und in eine „Feuersbrunst“ auf Rörrebro, bis sie endlich zu der Lotterieliste kam. Fräulein von Bergen spielte nämlich in der Lotterie, und zwar hatte sie ein ganzes Los. Das war der einzige August, den sie sich erlaubte, aber Nummer 401648 füllte auch ihr ganzes Leben aus. Das war der Brennpunkt, um den alle Gedanken kreisten.

Mit ihrem alten gelben Zeigefinger glitt sie die Kolonnen entlang, Reihe für Reihe. Mit beamtenhafter Pedanterie. Nicht eine Nummer wurde übersprungen.

Da — was war das — ein geheimnisvoller Strahl durchzuckte Fräulein von Bergen. Der gelbe Zeigefinger blieb an einer Zahl haften. Dann rutschte die Zeitung auf den Fußboden. Steif und starr sah sie einige Minuten in ihrem Schaukelstuhl.

Dann erhob sie sich. Sie griff nach ihrem Kopftuch mit den merkwürdig wippenden Federn, der immer auf dem Büfett lag, und dann froh in ihren Mantel.

Fräulein von Bergen hatte 30 000 Kronen in der Lotterie gewonnen. An der Strakenstraße nahm sie die Linie 15 und fuhr geradezu ins Lotteriebureau.

In der elektrischen Bahn sah sie etwas steifer und würdevoller da, als gewöhnlich und bewegte andauernd ihre Lippen wie im Gebet. „Dreihigtausend“, flüsterle sie, „dreihigtausend.“

Dem Schaffner gab sie eine ganze Krone, während sie mit Nachdruck sagte: „Dreihigtausend.“

Der Schaffner hielt sie für verrückt und gab ihr nichts heraus. Fräulein von Bergen flüsterle sich indessen nicht darum.

Bei Rörrebro stieg sie aus, bog in die Köbmogergade ein und gelangte in das Lotteriebureau.

Hinter der Schranke stand ein rotthaariger junger Mann. Fräulein von Bergen holte das Los hervor und legte es auf den Tisch. Der Rotthaarige verschwand mit dem Los, während Fräulein von Bergen auf einem der Stühle Platz nahm und wartete.

1 — 2 — 3 — 4 Minuten. Welch eine endlose Zeit. Sie wurde nervös und heiß. Ihr ganzer Körper schwihte vor Aufregung. Zum erstenmal seit Jahren konnte sie nicht schlafen. Sie versuchte es, ihre Gedanken von den 30 000 Kronen wegzubringen.

War sie denn jemals im Leben so nervös gewesen? Sie entfiel sich ja noch der Prüfung am Konfirmationstage, das war schlimm gewesen und auch der Augenblick fiel ihr ein, als sie zum erstenmal im Meer baden sollte. Sie hätte selbst nie wieder im Meer gebadet — Gott bewahre — aber dies hier, nein, das war doch zu...

Da stand mit einemmal der Rotthaarige mit dem Los in der einen Hand:

„Die gnädige Frau muß wirklich entschuldigen, es handelt sich leider um einen Druckfehler. Das Los der gnädigen Frau hat nicht gewonnen.“

Was sagte dieser infame Rotthaarige. Nicht gewonnen. Wie in einem Nebel sah sie die 30 000 Kronen vor sich schweben. Auf einmal wurden sie weniger und weniger. Die Zahlen zogen sich zurück, höchst sonderbar. Schließlich waren sie ganz verschwunden.

Im dem Augenblick erst begriff Fräulein von Bergen die Situation. In ihr stieg eine maßlose Wut auf. Sie konnte sich nicht mehr beherrschen und zum erstenmal hörte man Fräulein von Bergen schimpfen. Sie beschimpfte die Lotterie im allgemeinen und den Rotthaarigen im besonderen und überhaupt. Betrüger und zum Narren halten, darauf hätte man es abgesehen, aber... Fräulein von Bergen war dem Weinen nahe.

Der Rotthaarige wurde sehr feinerseits wütend, umfahnte mit beiden Händen die Tischplatte, so daß die Knöchel ganz weiß wurden und hat Fräulein von Bergen, doch sofort mit ihren Unerschämtheiten aufhören zu wollen und das Lokal zu verlassen.

Unerschämtheiten!! Jemandem was durchzuckte Fräulein von Bergen und der Augenblick kam, in dem sie vollständig den Gorbekapitän und all die eingetragene Bornehmtheit vergaß. Sie hob sich auf die Beinhaken, rief ihre Tische an sich und knallte dem Wagnungslosen hinter dem Tisch eine solche Ohrfeige, daß er gegen die Wand taumelte.

Dann machte Fräulein von Bergen leibet, schlug die Tür indigniert zu und fuhr mit der Linie 15 nach Hause.

Der Rotthaarige begab sich indessen auf die Polizei und Fräulein von Bergen wurde geladen.

Das Gericht verurteilte sie dazu, die Ohrfeige mit 200 Kronen zu bezahlen zuzüglich der Unkosten.

Fräulein von Bergen bewahrt immer noch die stolze Haltung, trägt den Kopf immer noch etwas höher als andere Leute — aber Fräulein von Bergen spielt nicht mehr in der Lotterie...

(Kritiklos überseht aus dem Dänischen.)

Die Gefangene vom Blauen Turm.

Von Dr. Eise Möbus.

Ueber die Ostsee braust der Herbststurm. Noch unheimlicher und unzugänglich als sonst starren die tohlen, spizen Klippen des Strandes, ragen die steilen Felsen der Rüste Bornholms. Im Schatten schwarzer Wetterwolken liegen die Rinnen von Hammershus, dem einstmaligen herrlichen Schloß, das die wechselvollen Schicksale der Insel seit Jahrhunderten miterlebte. Später blies es, wie so manche mittelalterliche Burg, als Gefängnis. In diesen Mauern begann die Tragödie der Frau, die wie kaum eine andere vor ihr die Grausamkeit und Willür ihrer Zeit und die Ungerechtigkeit der standinavischen Justiz erleben mußte. Es war Leonora Christine, die Liebingsgattin des Dänenkönigs Christian IV., aus seiner Ehe zur linken Hand. Mit 15 Jahren wurde sie dem über ein Jahrzehnt älteren Reichstanzler Korstj Ulfeld vermählt, einem ehrgeizigen, leidenschaftlichen Mann von außergewöhnlichen Fähigkeiten. Leonora Christine begleitete ihn nach Holland und Frankreich, und

manches, was dem Diplomaten nicht gelingen wollte, das erreichte die Klugheit und Güte der jungen Frau. Dann aber verstrickte sich der Reichshofmeister in hocherräterische Pläne. Sein Sturz von der Stellung des einflussreichsten und höchsten Reichsbeamten zum bespotteten, geächteten Flüchtling geschah unter der Einwirkung mitsünderlicher Höflinge ohne Verhör, ohne Gelegenheit, sich zu verteidigen. Leonora Christine, der man die Mitherrschaft an den Plänen ihres Gatten zur Last legt, wird ergriffen und in den Blauen Turm zu Kopenhagen geworfen, wo sie 22 Jahre lang in harter Haft gefangen gehalten wird.

Ihre Umgebung empfand es wie ein Wunder, daß diese Frau die furchtbaren Qualen und Demütigungen, die unmenslichen Zustände ihres Kerkers nicht nur ertrug, sondern daß sie körperlich wie fröhlich ungebrochen den Blauen Turm nach über zwei Jahrzehnten verließ. Ihre Aufzeichnungen, die sie mit selbst hergestellter Tinte im Kerker niederschrieb, und in denen sie ihre Gefangenschaft schilderte, zeigen nicht nur einen außergewöhnlichen Frauencharakter, der über ein großes Maß von Bildung, von Sachlichkeit, von Logik und Klarheit des Denkens, das von drastischem Humor gewürzt war, verfügte, sondern wir besitzen in ihnen auch ein Zeitgemälde von hervorragender Realistik, das einen tiefen Einblick in das Gerichts- und Gefängniswesen des 17. Jahrhunderts in Dänemark gewährt.

Die „Dunkle Kirche“, so hieß die dumpfe Zelle, in der sie zunächst untergebracht wurde. Eine furchtbare Pestluft erfüllte sie, denn die Gefangenen, die sie vorher bewohnt hatten, mußten ihre Notdurft längs den Wänden verrichten. Später erhielt sie als Zeichen milderer Haft eine kleine Kammer zugewiesen. Anfangs nahm sie an, der Boden in diesem „verbesserten“ Gefängnis sei aus Lehm, dann aber überzeugte sie sich davon, daß es Menschenkot war, der hier ellenhoch lag. Es wimmelte von Ungeziefer. Die Gefangene aber verlor den Mut nicht. Da die Nachschicht der Königin ihr jede Gelegenheit zu einer Beschäftigung nahm, dichtete und komponierte sie geistliche Lieder, oder sie bildete aus Ton, den sie sich zu verschaffen wußte, Krüge, Schalen und Bildnisse. Ein alter Zinndeckel wurde zu einem Tintenfaß verarbeitet, die Tinte selbst wurde aus Kernen mit Bier vermischt hergestellt, und das Papier, in dem sie zeitweise etwas Jucker erhielt, diente ihr zum Schreiben. Es ist bezeichnend für die köstliche Frische, die sich die seltene Frau zu bewahren wußte, daß sie einmal die Einrichtungsgegenstände ihrer Zelle aufeinanderstürzte, um zu dem kleinen Fenster zu gelangen, von wo aus sie vergnügt den Kunststücken eines Seiltänzers zusieht. Ein andermal zog sie sich Fäden aus Kleidungsstücken und verfertigte aus Holzstäbchen Klöppelbänder, mit deren Hilfe sie einige Handarbeiten verrichten konnte. Inzwischen wurde von allen Seiten für sie um Begnadigung gebeten. Friedrich, der sie verurteilt hatte, war gestorben, und sein Nachfolger war wohl geneigt, die unglückliche Frau, die schon sieben Jahre eingekerkert war, zu befreien. Es ist bezeichnend für die Handhabung der Gerichtsbarkeit, daß es der Königin-Witwe noch durch 15 Jahre hindurch, bis zu ihrem Tod, gelang, die Begnadigung Leonoras zu verhindern. Und doch hatte die Gefangene ihr nie etwas Böses zugefügt, sondern sie nur an Geistesgaben und Schönheit übertraf. Aber es gab immer schon Frauen, in denen gerade eine solche Ueberlegenheit einen glühenden Haß und eine Eifersucht erzeugen, die unverwundlich ist.

Der Blaue Turm ist heute vom Erdboden verschwunden. Ein Brand vernichtete die Stätte, in der so viel Leid ertragen wurde. Die Aufzeichnungen der Gefangenen aber haben die Jahrhunderte überdauert und sind heute lebendiger als jemals: Sie gehören zu den getreuesten Abbildern des primitiven Strafrechts, das auf dem Gefühl der Rache beruht, und dem jeder ethische Gedanke fernlag. Aber gerade auf diesem Gebiet ist die Entwicklung unendlich langsam

vorgegangen. Denn obwohl drei Jahrhunderte dazwischen liegen, so sind die Nachwirkungen dieser primitiven Rechtsauffassung auch heute noch so stark, daß es weiterer mühevoller Aufklärungsarbeit bedarf, bis endlich an Stelle der Brutalität Vernunft und Menschlichkeit nicht nur in der Theorie, sondern vor allem in der Praxis zur Anerkennung gelangen.

Die ältesten Säugetiere der Welt.

Die amerikanischen Expeditionen nach der Wüste Gobi, die von dem Zoologen Andrews geleitet wurden, sind besonders berühmt geworden durch den Fund der Dinosaurier-Eier. Wichtiger aber ist es, daß sie den Beweis erbracht haben, daß Asien der „Mutterhof der Erde“ ist, die Urheimat der Säugetiere und damit auch des Menschen. In seinem Reisetagebuch „Auf der Fahrt des Urmenschen“, das soeben bei F. W. Brockhaus in Leipzig in deutscher Ausgabe erscheint, hebt Roy Chapman Andrews selbst hervor, daß er für den wichtigsten Fund seiner Unternehmungen die Entdeckung der ältesten Säugetiere hält: „So unbedeutend die kleinen Schädel auch aussehen, sie werden wahrscheinlich noch, wenn die Dinosaurier-Eier längst vergessen sind, den Männern der Wissenschaft als die Krönung der Einzelentdeckung unserer Afrikaner-erinnerlich sein.“

Auf merkwürdige Weise kam man dazu, die Bedeutung dieses Fundes zu erkennen. Der Paläontologe der Expedition, Oranger, hatte an der Leiter der Paläontologischen Abteilung des Amerikanischen Naturgeschichtlichen Museums, Dr. Matthew, unter anderen Fossilien auch einen winzigen Schädel mit der Aufschrift: „Nicht zu bestimmendes Kriechtier“ geschildet. Matthew schrieb darauf ganz ungerechtfertigt, daß es sich in Wirklichkeit um die ältesten Säugetiere der Welt handelte; man sollte weiter nach solchen Schädeln suchen. Oranger hatte das große Glück, schon nach einer Stunde am Fuß der „Flammenden Klippen“ einen neuen solchen Schädel aufzufinden, den dritten seiner Art, der in einem Jahrhundert entdeckt wurde. Der einzige früher gefundene Schädel eines Säugetiers aus der Hauptzeit der Kriechtiere stammte aus der südafrikanischen Trias und ist einer der größten Schädel des Britischen Museums. Die weitere Suche gestaltete sich sehr schwierig, denn die Schädel befanden sich in Feinstklimpfen, die abgebröckelt waren, als die Klippen verwitterten. Wenn man in der brennenden Sonnenglut taufend und mehr solcher Klumpen ergebnislos geprüft hat, kann man leicht die Lust verlieren, aber die Sucher waren unermüdlich, und schließlich waren sechs Schädel bekommen. „Es waren wahrscheinlich die ertragreichsten Wochen in der ganzen Geschichte der Paläontologie“, sagt Andrews. Es war ein großer Moment in der Entwicklung des Lebens auf der Erde, als durch die Ausrottung der großen Land- und Wasserkräutler der Weg für die Säugetiere freigemacht wurde. Die Natur machte sozusagen einen neuen Versuch mit den Lebewesen, dem letzten Endes auch der Mensch seine Entstehung verdankt. Die gefundenen Säugetiere waren winzige Geschöpfe, kaum größer als eine Ratte. Sie troden in der Mitte der Kreidezeit vor 10 Millionen Jahren herum, als die ersten Vertreter der Säugetiere; so stellen sie auch die ersten Ahnen des Menschen dar. Die Schädel sind besonders wichtig, da sie von den frühesten einen Mutterkuchen besitzenden Säugetieren stammen, die heute noch lebenden Gruppen nahesteht. Diese modernen Verwandten der ältesten Säugetiere sind die *Spiromys* und der *Mastomys*; eine andere Gruppe ist die der *Creodonten*, der Urraubtiere. Die Entdeckung dieser ältesten Säugetiere ist deshalb von so hoher Bedeutung, weil damit die allerersten Verzweigungen ihres Stammbaums aufgedeckt sind.

Sergeant Grischa.

Ein Kriegsbuch von Arnold Zweig.

„Kriegsbücher“ aller Art gibt es im neunten Jahre der „Nachkriegszeit“ nachgerade genug. Kriegsbücher aber, die den eigentlichen Leidtragenden des großen Krieges, den Landsker, den Wundtoten aufs tiefste erschüttern, die ihn nach dem Beiseitelegen des Buches noch wie ein Gespenst verfolgen, Kriegsbücher solcher Art sind dünn gesät. Sie sind an einer Hand aufzuzählen. Arnold Zweig, „Der Streik um den Sergeant Grischa“ (Kiepenhauer Verlag, Potsdam) aber gehört sicher dazu.

Die Geschichte von dem in deutsche Kriegsgefangenschaft gefallenen Sergeant Grischa ist schnell erzählt: Im März 1917 macht sich der Sergeant Grischa von seinem Lager auf und davon, weil er es vor Heimweh nicht mehr aushalten kann. Von einer Frau wird ihm der Poch eines toten deutschrussischen Soldaten Buschew in den Rock gesteckt, um den Geliebten vor dem Zugriff der Militärpolizei zu retten. Der Poch wird ihm zum Verhängnis, da Buschew Ueberläufer war und zufolge Heeresbefehl „Oberost“ binnen 24 Stunden zu erschließen ist.

Ein halbes Jahr kämpft nun der Sergeant mit der Beteuerung, er sei nicht Buschew, sondern der Sergeant Grischa Dietrich Poproffin, um sein Leben, bis im November 1917, als die Kunde von der Russenrevolte über die Gräben liegt, das Oberkommando die Vollstreckung des Urteils verlangt. Der Tod des Sergeanten schwant noch ein paar Wochen, von Telephonröhren und Feldereikern befördert, hin und her. Dann packt er ihn endlich zu guter Letzt. Grischa tut seinen letzten Gang.

Wie das Arnold Zweig erzählt, die Worte, die er erzählt, die kleinen Besten, die er dem Kommissar abgeliefert hat, die Kommandos, die da fallen, die Gespräche, die über den lebendigen und den toten Grischa hinweggehen — all das bedeutet eine Epochenleistung der Darstellung des Menschen im Kriege.

Die Bandwehrlente, die Grischa seit einem halben Jahre bewachen, sind zur Erziehung des Sergeanten einfach nicht zu gebrauchen, da ihnen der Mensch Grischa zu nahe getreten ist. Ein Beweisen, mit dem man monatelang trinkt, raucht, isst, lacht, lübt und lbt, erschleicht man eben nun mal nicht! Außer man ist völkischer Landsknecht und Femebedorft.

So läßt sich der Orstkommandant und Feldwebel Breitwender, im Zivilberuf Teilhaber einer großen Maschinenfabrik, eine Gruppe Jäger kommen und leitet unschlüssig und selbstbewußt die Exekutive.

Eine helle Stimme kommandiert ihn Hof:

„Abteilung halt! Gewehr ab! Rührt euch!“

Der Schreiber bringt dem Unteroffizier die Meldung. Der wird ganz blaß und aufgeregt, reißt zu Grischa in die Kasse und sagt:

„Kamerad, es ist so weit. Tu mir die Liebe und halt dich ruhig!“

Der Grischa empfängt den Stoß, den jeder gespürt hat, wenn es kurz vor dem Berrücken ist, und macht die Gebärde des Koppel-untschuldens, weil er nicht so — im bloßen Bauch kriepieren will. Zieht den Mantel an. Schlüßelt auf russische Weise und verabschiedet sich von dem Unteroffizier:

„Wenn Zeit — dann Zeit! Hab' auch Dank, Kamerad!“

Der Unteroffizier schneuzt sich, seine Arme zittern, das Tuch verdeckt die Augen kurz.

Die Bandsturmlente laufen herzu, wie wenn plötzlich ein großes Unglück passiert.

„Lacht's euch gut gehen, Kameraden“, rief Grischa ihnen zu. Die Deutschen bringen keinen Laut heraus, nur ein Jünger jagt blaß, mit aufgerissenen Augen:

„Mach's gut, Kamerad, leb wohl!“

Und dann schließt Zweig diesen letzten Gang. Ein Feldwebel zu Pferd voraus, ein anderer hinterher. Dazwischen die Jäger der R.-G.-Kompanie, in Rotten zu vier, mit ihren grünen Uniformen, den Wäfelsammeten, den Eisenhelmen.

„Abteilung marsch!“

Es geht zum Vorwerk, auf dem man in Verwinst Hinrichtungen vollzieht, nach dem kommandierenden General „Rachans Hühnerauge“ genannt. Eine Riesgrube. Die Steilwand als Kugelfang. Genügend Platz für die Exekutive ist da.

„Die jungen Soldaten schreien ernsthaft oder gleichgültig, halb-laut redend, das einsig Stelle in einer gewellten und klaffen Ebene. Sie marschieren zur Hinrichtung eines Epsons. Das hat man ihnen gesagt.“

Ein der Riesgrube wartet ein selbstgroßvater angezogener Mann, der Feldpostler. Und Dr. Vubberich, ein junger Arzt. Der raucht eine Zigarette und geht im Schnee stampfend auf und ab.

Der Hause schwent, den Russen in der Mitte, in die Grube ein.

„Im den Mantel wär's auch schade!“ sagt der eine Feldwebel zum anderen.

Grischa sieht den Steilhang, den Arzt, den Pastor, die lange Riste nebenan auf dem Wogen. Er will schreien. Er will an den Riemen reifen. Statt dessen reißt er sich die Hände und reißt das Maul zu einem mächtigen Gähnen auf.

Ein Oberjäger nimmt ihm den Mantel und den Rock ab und bindet ihm eine Binde übers Gesicht. Grischa ist schon fast bewußtlos. Er starrt unter der Binde heraus auf das silberne Kreuz, das der Pastor am Rock hängen hat.

Er hört das Klackern der Gewehre, die in Aufschlag gehen. Dann rast in ihm, im Augenblick, in dem die schneidende Stimme des Feldwebels den Befehl zum Feuer ansetzt, die Seele enthemmt los, während sein Körper Rot verliert.

Und dann ist's aus. Die Soldaten fingen, die beiden Feldwebel scherzen und der Arzt zündet sich eine neue Zigarette an. Zwei Hamburger Bandsturmlente und ein Trainsfahrer scharren den Toten ein.

„Er soll ja wohl unschuldig gewesen sein“, sagt der eine.

„Ja, was soll das helfen, unschuldig sind wir ja wohl alle.“

„Ich hab den Krieg nicht gewollt“, sprach plötzlich der Fahrer.

Da halten sie einen Moment im Schaulen inne und denken nach.

Hermann Schüßinger.

